

Helmut Klüter:

Bäuerliche Familienbetriebe und Agrarindustrie in Europa

Greifswald 2018

Gliederung:

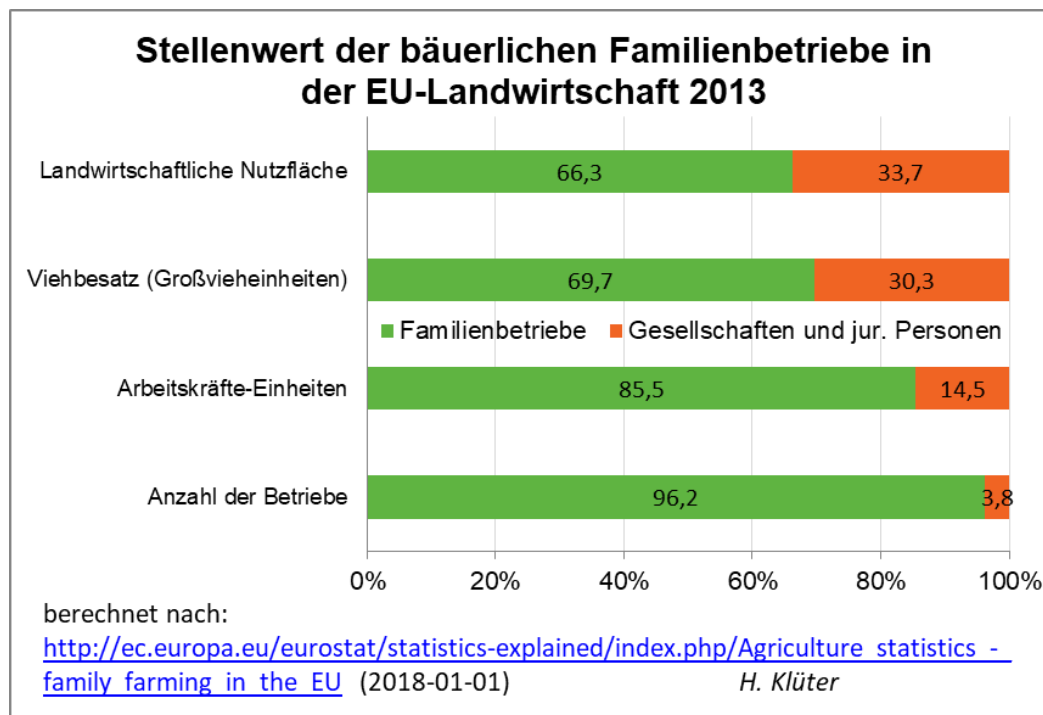
	Seite
1. Einführung	2
2. Landwirtschaft in Europa	5
3. Stellenwert der bäuerlichen Familienbetriebe in der europäischen Landwirtschaft	9
4. Der Rückgang der Betriebszahlen – „Höfesterben“	11
5. Zur besonderen Situation der Betriebssysteme in Deutschland	14
6. Auswirkungen der Förderpolitik der Europäischen Union	25
7. Überlebensstrategien landwirtschaftlicher Betriebe – zwei Beispiele	31
7.1 Der Berghof, Martell (Italien)	31
7.2 Usedom Agrar GmbH & Co KG	35
7.3 Das regionale Umfeld der beiden Betriebe: Landwirtschaft in Südtirol und Nordost-Deutschland	39
8 Konsequenzen und Empfehlungen	40
Literatur	51

1. Einführung

Eine große Mehrheit der Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft ist davon überzeugt, dass die Zukunft der Landwirtschaft groß strukturierten, hoch spezialisierten, industrialisierten Unternehmen gehört. Von ihnen wird erwartet, dass sie marktgerecht handeln, die wachsende städtische Bevölkerung versorgen und die nationale Landwirtschaft auf europäischer Ebene oder sogar weltweit wettbewerbsfähig machen. Als Beleg dafür werden vor allem hohe Produktionszahlen angeführt, die marketinggerecht oft als Rekorde propagiert werden. Die meist niedrige Bezahlung der Arbeitskräfte, der damit verbundene Niedergang der Dörfer, der enorme Ressourcenverbrauch, die Umweltschädigungen, der durch Massenproduktion induzierte Preis- und Qualitätsverfall bestimmter Erzeugnisse, die Verdrängung ganzer Produktionstechniken und Landwirtschaftszweige, die drastische Verringerung der Artenvielfalt und die häufige Vernachlässigung des Tierwohls durch die industrialisierte Landwirtschaft (vgl. Wiss. Beirat Agrarpolitik 2015) werden dabei nicht genannt.

Ebenso wird vernachlässigt, dass die **Landwirtschaft der Europäischen Union hauptsächlich von bäuerlichen Familienbetrieben** getragen wird. Es gibt keinen Staat in Europa, der ausschließlich von industrialisierter Landwirtschaft lebt. Sechs Siebentel der landwirtschaftlichen Arbeit werden von bäuerlichen Familienbetrieben geleistet.

Abb. 1:



Ein **bäuerlicher Familienbetrieb** ist dadurch gekennzeichnet, dass der landwirtschaftliche Betrieb einer Person, Geschwistern oder einem Ehepaar gehört und von diesen eigenverantwortlich bewirtschaftet wird. Die Arbeit im Betrieb wird überwiegend von Familienmitgliedern geleistet. Schriftlich geregelte Arbeitsverträge zwischen den Familienmitgliedern sind nicht notwendig. In einigen Staaten wird zusätzlich die Einheit von Wohnung, Familienhaushalt und Landwirtschaftsbetrieb gefordert. In Süd- und Osteuropa übernehmen die Familienbetriebe faktisch auch die Alterssicherung im ländlichen Raum. Es leben dann mehrere Generationen auf dem Hof. Daneben tragen die Familienbetriebe häufig auch zur Eigenversorgung der Familien mit Lebensmitteln bei. Von den 10,8 Millionen in der Agrarstrukturerhebung 2013 erfassten Betrieben in der Europäischen Union verbrauchen 4,8 Millionen mehr als die Hälfte der erzeugten Produktion für die eigene Familie. Dabei gelten als Familie nicht nur die Personen, die auf den jeweiligen Höfen arbeiten, sondern auch die räumlich entferntere Verwandtschaft, die in der Stadt oder im Ausland wohnt.

Die meisten Bauernfamilien sind eng mit der übrigen Wirtschaft ländlicher Räume verflochten. Dies geschieht beispielsweise durch **Einkommenskombinationen**. Damit sind Tätigkeiten gemeint, die dem Zuerwerb auf dem Hof dienen, wie Direktvermarktung, Energieerzeugung, Vermietung an Feriengäste, Erbringung von Dienstleistungen für andere Landwirt*innen, Reiterhöfe, Forstarbeiten. Wenn solche oder andere Tätigkeiten zum Haupterwerb werden, gilt die Landwirtschaft als Nebenerwerb. Der Eigentümer oder die Eigentümerin erwirtschaftet mehr als die Hälfte seiner/ihrer Einkünfte in einer nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeit.

All dies hat zur Folge, dass sich die **volkswirtschaftliche Leistung der Familienbetriebe** in betriebs- und produktionsökonomischen Daten **nur soweit erfassen lässt, wie sie monetarisiert ist**. In die Wertschöpfung der Landwirtschaft gehen nur die Erzeugnisse und Dienstleistungen ein, die real an andere für Geld verkauft werden. Die Sozial-, Versorgungs- und Selbstversorgungsleistungen der Familienbetriebe werden dabei nicht berücksichtigt. Das ist auch bei der **Bruttowertschöpfung** der Fall. Die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen ist der Produktionswert (zu Herstellungspreisen) abzüglich der Vorleistungen. Der Herstellungspreis ist der Betrag, den der Erzeuger erhält, abzüglich aller Gütersteuern und zuzüglich aller empfangenen Subventionen für die Erzeugnisse.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung **wird daher der Anteil der Landwirtschaft systematisch unterschätzt**. Ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung der Europäischen Union wurde 2013 mit 1,5% angegeben. Ihr Anteil an der gesamten Erwerbstätigkeit lag jedoch bei 4,3%. In einigen Staaten gibt es große Abweichungen von diesen Werten. In Rumänien betrug der landwirtschaftliche Anteil an der nationalen Wertschöpfung 4,3%, der Anteil an der Erwerbstätigkeit jedoch 23,1%. Diese Diskrepanzen sind nicht auf die EU beschränkt. In der hoch entwickelten Schweiz war der Erwerbstätigenanteil der Landwirtschaft mit 3,4% fast fünfmal höher als ihr Bruttowertschöpfungsanteil mit nur 0,7%.

Tab. 1: Basisdaten zur EU Landwirtschaft

	Betriebe 2013	davon Subsistenzhöfe	Empfänger nach EGFL 2014	Arbeitskräfte- Einheiten in der Landwirtschaft 2013	Landwirtschaftl. Nutz- fläche 2013; 1.000 ha	Bruttowertschöpfung (Millionen €; 2016)
	in 1.000					
Polen	1.429,01	538,32	1.351,27	1.918.550	14.409,9	8.588
Rumänien	3.629,66	3.178,49	1.186,29	1.552.630	13.955,9	6.541
Italien	1.010,33	132,68	1.163,69	816.920	12.098,9	30.577
Spanien	965,00	4,08	869,98	813.550	23.300,2	26.993
Griechenland	709,50	128,05	709,27	463.860	4.856,8	5.210
Frankreich	472,21	11,10	358,23	724.690	27.739,4	26.826
Deutschland	285,03		320,29	522.730	16.699,6	16.516
Großbritannien	183,04		175,70	274.520	17.327,0	9.729
Ungarn	491,33	316,41	174,87	433.700	4.656,5	3.450
Portugal	264,42	49,99	173,31	323.470	3.641,6	2.584
Litauen	171,80	96,70	148,50	144.770	2.861,3	998
Irland	139,60		124,57	163.690	4.959,5	2.316
Österreich	140,43		110,25	111.160	2.726,9	2.725
Kroatien	157,44	81,51	92,64	175.050	1.571,2	968
Bulgarien	254,41	84,45	90,49	320.230	4.650,9	1.777
Schweden	67,15		63,14	59.320	3.035,9	1.641
Lettland	81,80	55,72	61,53	82.090	1.877,7	333
Finnland	54,40		57,07	57.550	5.786,7	1.212
Slowenien	72,38	42,98	56,72	82.450	485,8	485
Niederlande	67,48		49,88	153.310	1.847,6	10.370
Dänemark	38,28		44,27	53.170	2.619,3	2.057
Belgien	37,76		35,22	56.730	1.307,9	2.155
Zypern	35,38	19,46	33,22	82.090	109,3	309
Tschechische Republik	26,25	5,03	28,46	53.170	3.491,5	1.688
Estland	19,19	6,02	17,09	22.060	957,5	151
Slowakei	23,57	12,11	17,01	50.600	1.801,6	626
Malta	9,36	3,02	6,07	4.450	10,9	63
Luxemburg	2,08		1,92	3.530	131,0	104
EU-28	10.838,29	4.766,12	7.520,95	9.520.040	178.918	166.991
Polen, Rumänien, Italien	6.069,00	3.849,49	3.701,25	4.288.100	40.465	45.706
PL, RU, IT in % von EU-28	56,00	80,77	49,21	45,04	22,62	27,37

Berechnet nach:

http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ef_m_farmleg&lang=en

Stat. Jahrb. über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der BRD 2016. S. 449.

Die Struktur der Landwirtschaft in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU unterscheidet sich in erheblichem Maß, als Folge von Diskrepanzen in Bodenbeschaffenheit, Topografie, Klima und natürlichen Ressourcen sowie aufgrund der Vielgestaltigkeit der regionalen Aktivitäten, der Infrastruktur und der sozialen Verhältnisse. Alle drei Jahre werden in der EU **Agrarstrukturerhebungen** durchgeführt, mit Hilfe derer die Lage der Landwirtschaft und ihre Entwicklungstendenzen erfasst werden sollen. Die letzte Erhebung dieser Art fand 2016 statt. Ihre Ergebnisse wurden von Eurostat jedoch noch nicht aufbereitet und veröffentlicht, so dass im Folgenden häufig auf Daten der Erhebungen von 2013, 2010 und 2007 zurückgegriffen wird.

Nach einem kurzen Überblick über die Landwirtschaft in europäischen Staaten (Abschnitt 2.) werden einige **Besonderheiten bäuerlicher Familienbetriebe** dargestellt (Abschnitt 3). Bis auf wenige Ausnahmen sind fast alle Staaten Europas vom „Höfesterben“, dem zahlenmäßigen Rückgang der bäuerlichen Familienbetriebe betroffen (Abschnitt 4.). Im Gegenzug gewinnen **agrarindustrielle Strukturen** immer mehr an Einfluss, obwohl sie in Qualität, Produktvielfalt und Innovationsfähigkeit den bäuerlichen Familienbetrieben meist unterlegen sind. Allerdings kompensieren sie dies durch meist effektive Lobby-Arbeit und die Finanzierung derjenigen Parteien, die die agrarindustriellen Privilegien (s.u.) verteidigen. Ergebnis dieser politischen Einflussnahme ist unter anderem die Subventionspolitik der Europäischen Union, nach der großflächige Betriebe automatisch mehr Fördergeld erhalten als kleine und mittlere. In keinem anderen EU-Staat sind die agrarindustriellen Strukturen so stark wie in Deutschland. Einzigartig ist in Deutschland außerdem, dass im Westen die bäuerlichen Familienbetriebe, im Osten dagegen agrarindustrielle Strukturen dominieren, so dass beide Systeme in einer Volkswirtschaft direkt miteinander konkurrieren. Daher wird in Abschnitt 5 die **Auseinandersetzung der beiden Landwirtschaftssysteme am Beispiel Deutschlands** gezeigt. Abschnitt 6 verdeutlicht die bisherige **Rolle der Förderpolitik der Europäischen Union**. In Abschnitt 7 wird an zwei Beispielen gezeigt, welche **Überlebensstrategien die Höfe** entwickeln. In Abschnitt 8 wird ihr regionales Umfeld in Südtirol (Italien) und Mecklenburg-Vorpommern (Deutschland) kurz charakterisiert. Es folgen abschließend Konsequenzen und **Empfehlungen** zur Lösung der Problematik.

2. Landwirtschaft in Europa

Landwirtschaft ist in Europa kein einheitlicher Begriff. In West- und Südeuropa ist von „**Agriculture**“ die Rede, die erheblich weiter gefasst ist: Anders als im deutschen Verständnis stehen nicht nur wirtschaftliche Effekte, sondern auch die Pflege der Nutzflächen, bestimmte Aspekte des Dorflebens, regionale Verarbeitungstechniken, Esstraditionen und Kulturgüter im Vordergrund. Dieser weiter gefasste Begriff ähnelt dem, was in der Literatur nach 2000 mit Agrarökologie umschrieben wird (vgl. Heubuch 2018).

Für unseren Kontext bedeutet das, dass ein Bauernhof

- als soziale Einheit (Familie),

- als biotische Einheit (Nutzung und Züchtung von Tieren und Pflanzen),
- als abiotische Einheit, die Klima- und Bodenfaktoren hinreichend berücksichtigt oder sie mit schweren Maschinen (Bodenverdichtung), nicht abbaubarer Agrochemie oder unangepassten Schlagflächen (Wind- und Wassererosion) gefährdet,
- als Teil einer spezifischen physisch-ökologischen Umgebung oder Region, auf die nicht nur durch Verbrauch, sondern auch durch Zuführung von Nährstoffen, Pflanzenschutzmitteln, Zusatzstoffen und Resten von Veterinärmedikamenten Einfluss genommen wird,
- als Teil einer Gemeinde mit seinen Nutzflächen und Grundstücken, also des politisch-administrativen Systems,
- als Erzeuger von Nahrungsmitteln, Biorohstoffen und Dienstleistungen,
- als Nachfrager von Maschinen, Anlagen und Vorleistungen

betrachtet werden kann.

Nur ein sehr kleiner Teil dieser Eigenschaften und Aktivitäten kann durch die derzeitige Agrarstatistik europaweit abgegriffen werden, wie ein Literaturüberblick 2017 gezeigt hat (Pe'er 2017). Insofern ist es schwierig, „Agriculture“ als Gesamtkomplex auf der Makro-Ebene abzubilden. Auf der Mikro-Ebene eines gegebenen Betriebes fließen die genannten Kalküle in den Entscheidungen der Inhabersfamilie oder der Geschäftsführung wieder zusammen (vgl. Abschnitt 7, Hofporträts).

2013 arbeiteten nach offiziellen Daten **10.838.290 landwirtschaftliche Betriebe** in der Europäischen Union. Jedoch wurden 2014 **nur 7.520.950 Anträge auf Direktzahlungen nach EGFL** gestellt. In Rumänien hat nur ein Drittel der Betriebe Anträge gestellt. In Portugal waren es zwei Drittel. Demgegenüber überschritt in Deutschland, Dänemark, Finnland und in der Tschechischen Republik die Zahl der Antragsteller*innen die Zahl der von der Statistik erfassten landwirtschaftlichen Betriebe (vgl. Tab. 1). Dort sind die Erfassungsgrenzen der offiziellen Statistik so grob gefasst, dass viele kleine Betriebe nicht gezählt werden. Andererseits werden einigen Staaten auch Kleinstbetriebe und ehemalige persönliche Nebenwirtschaften aus sozialistischer Zeit mitgezählt, die mehr als die Hälfte ihrer Erzeugnisse selbst verbrauchen. Etwa **4,766 Millionen dieser subsistenzwirtschaftlich geprägten Höfe** gab es 2013 in der Europäischen Union. 81% davon befanden sich in Rumänien, Polen und Italien. Fast 3,2 Millionen davon entfallen auf Rumänien. Nach der Agrarstrukturerhebung 2016 verfügten dort 924.000 Höfe über weniger als 0,3 ha. 890.000 bearbeiteten 0,3 bis 1 ha. 1,321 Millionen bearbeiteten je 1 bis 5 ha. 270.000 verfügten über 5 bis 50 ha. Die 17.110 Betriebe mit mehr als 50 ha bewirtschafteten über 51,5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Rumäniens. Diese letztgenannte Gruppe kam auf eine Durchschnittsgröße von 376 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche je Betrieb.

In Deutschland werden Betriebe unter 5 ha von der Statistik nur dann erfasst, wenn sie bestimmte Grenzwerte in der Tierhaltung und im Gartenbau überschreiten. Würde man die in Deutschland gültigen Erfassungsgrenzen auf Rumänien anwenden, hätte Rumänien etwa so viele landwirtschaftliche Betriebe wie Deutschland.

Abb. 2:

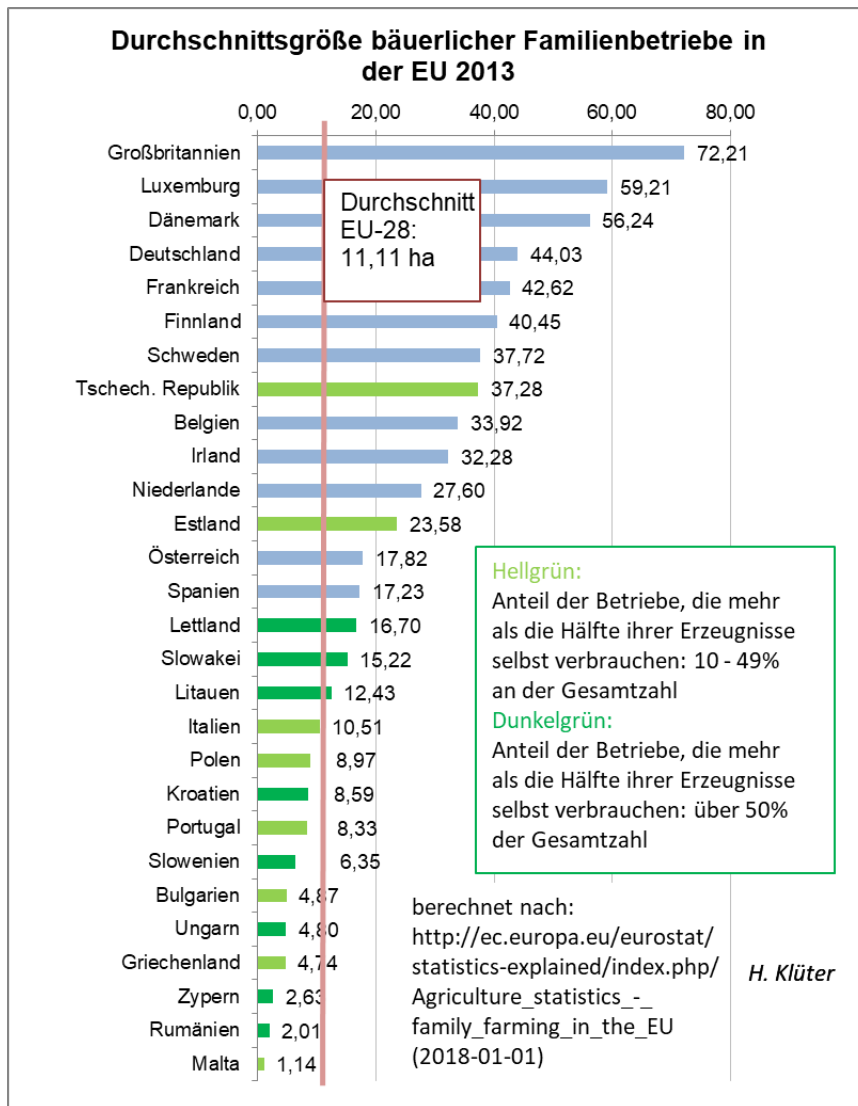
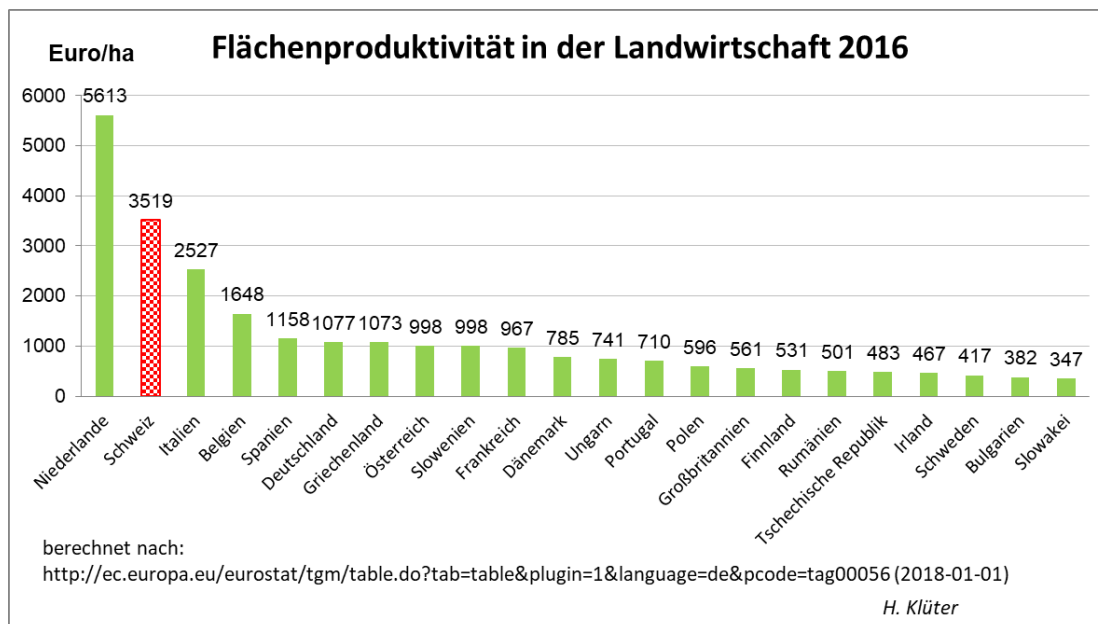


Abb. 3:



Nach den offiziellen Zahlen konzentrieren **Rumänien, Polen und Italien** 56% der Betriebe und 49% der Anträge auf Direktzahlungen auf sich. Mit ihren 4,3 Millionen Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E) binden sie 45% der landwirtschaftlichen Arbeitskraft auf nur 22,62% der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Europäischen Union (vgl. Tab. 1). Sie erzeugten 2016 27,37% der landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung der EU zu Herstellungspreisen. In ihren 9,5 Millionen Arbeitskräfte-Einheiten sind **Teilzeit- und Saison-Arbeitskräfte** enthalten, deren Arbeitszeit auf 8 Stunden pro Tag umgerechnet wird. Real repräsentieren sie über 22 Millionen reale Arbeitskräfte. Davon waren 2013 nur 16,4% Vollzeit-Arbeitskräfte. In der Tschechischen Republik, in Frankreich, Luxemburg und Belgien arbeitet über die Hälfte in Vollzeit. Auf Malta, in Österreich, Zypern und Rumänien sind es weniger als 10%.

Die **Durchschnittsgröße der Betriebe** in der EU liegt bei 16,1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, variiert aber je nach Staat enorm. In der Tschechischen Republik ist sie mit 139 ha hundertmal größer als auf der Mittelmeerinsel Malta mit nur 1,2 ha. Auch in Ungarn, Griechenland, Slowenien und Rumänien liegen die durchschnittlichen Betriebsgrößen unter 10 ha (vgl. Abb. 2).

Die **Flächenproduktivität** (Landwirtschaftliche Bruttowertschöpfung je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) variiert in Europa ebenfalls sehr stark. Natürliche Faktoren wie Klima und Boden spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle. In der gebirgigen Schweiz ist die landwirtschaftliche Bruttowertschöpfung mit 3.519 €/ha LNF sechsmal höher als im eher flachen, klimatisch begünstigten Großbritannien mit nur 561 €/ha. Beide Staaten profitierten 2013 vom günstigen Umtauschkurs zum Euro. Die höchste Flächenproduktivität wird in den Niederlanden mit 5.613 €/ha erzielt (vgl. Abb. 3). Dies ist keineswegs ausschließlich der Intensivlandwirtschaft in den Gewächshäusern geschuldet, denn nur 0,5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Niederlande liegen unter Glas. Auch große Teile der übrigen Landwirtschaft wie Blumen-, Gemüse- und Saatzucht sind in Hochpreissegmenten aktiv, was sich positiv auf die Wertschöpfung auswirkt.

Die landwirtschaftliche Bruttowertschöpfung der Niederlande übertraf 2013 die Großbritanniens, obwohl die Britischen Inseln über neunmal mehr landwirtschaftliche Nutzfläche verfügten. Die Niederlande sind nach Italien, Spanien, Frankreich und Deutschland der fünftgrößte Agrarerzeuger in der EU.

Bei der Flächenproduktivität fällt auf, dass mit den **Niederlanden, Malta, der Schweiz, Zypern und Italien** Landwirtschaften an der Spitze stehen, die **überwiegend kleinbetrieblich** strukturiert sind. Staaten mit großbetrieblichen Strukturen wie Tschechische Republik, Großbritannien, Rumänien, Bulgarien und die Slowakei nehmen Schlusspositionen ein. Rumänien und Bulgarien haben zwar auch viele Klein- und Kleinstbetriebe, doch der bäuerliche Mittelstand ist dort extrem schwach vertreten.

3. Stellenwert der bäuerlichen Familienbetriebe in der europäischen Landwirtschaft

In der regionalen Varianz der Flächenproduktivität zeichnen sich bereits die besonderen Leistungen bäuerlicher Familienbetriebe ab. In der Europäischen Union stellen sie 96,2% der Betriebe, nutzen 85,5% des Arbeitseinsatzes, halten 7/10 des Viehs und bewirtschaften zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche (vgl. Abb. 1).

Ihre Nutzflächenanteile liegen auf Malta, in Slowenien und in den Niederlanden bei über 90%. In Finnland, Polen, Österreich, Luxemburg, Italien, Belgien, Kroatien und Zypern werden Werte über 80% erreicht.

Abb. 4:

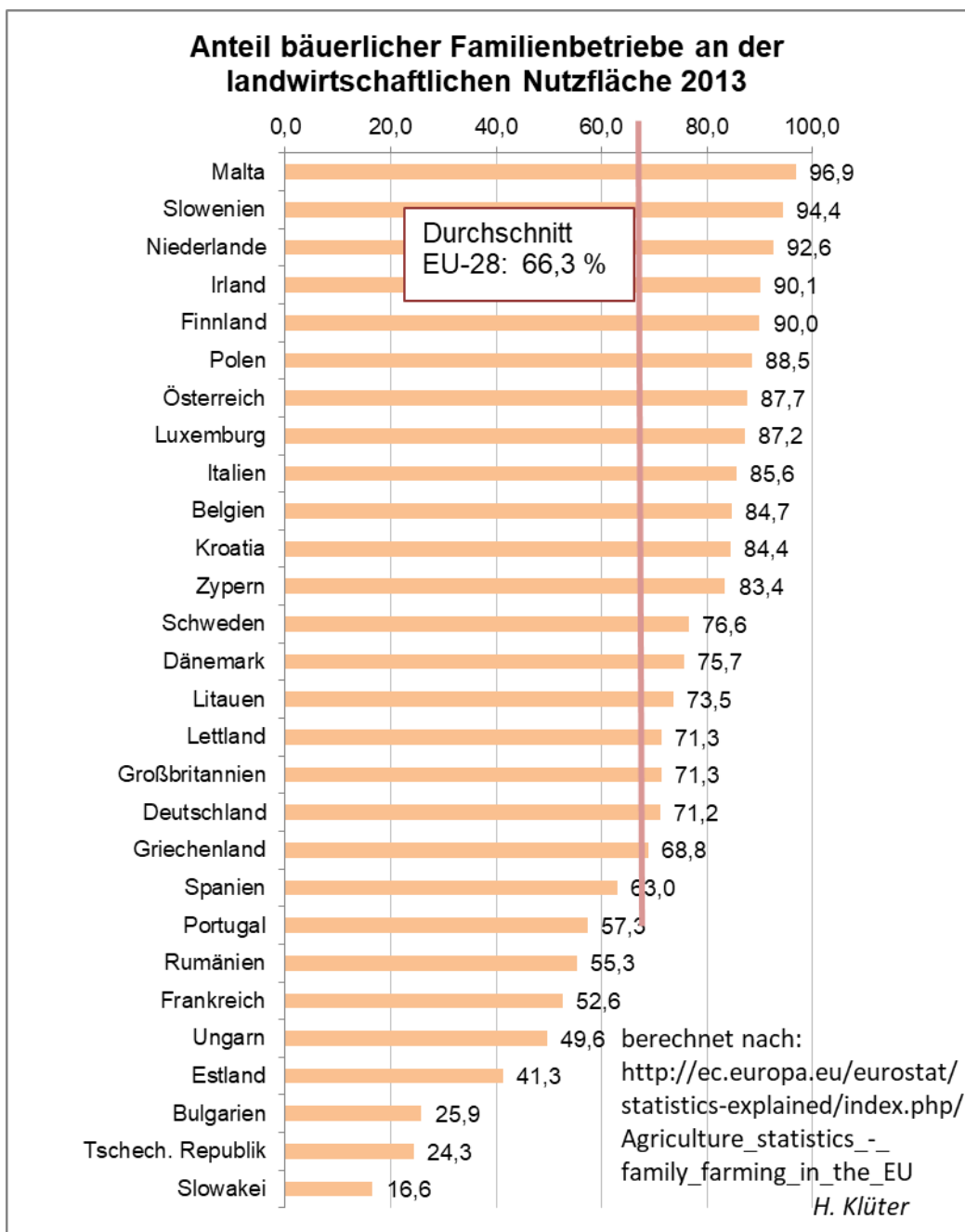
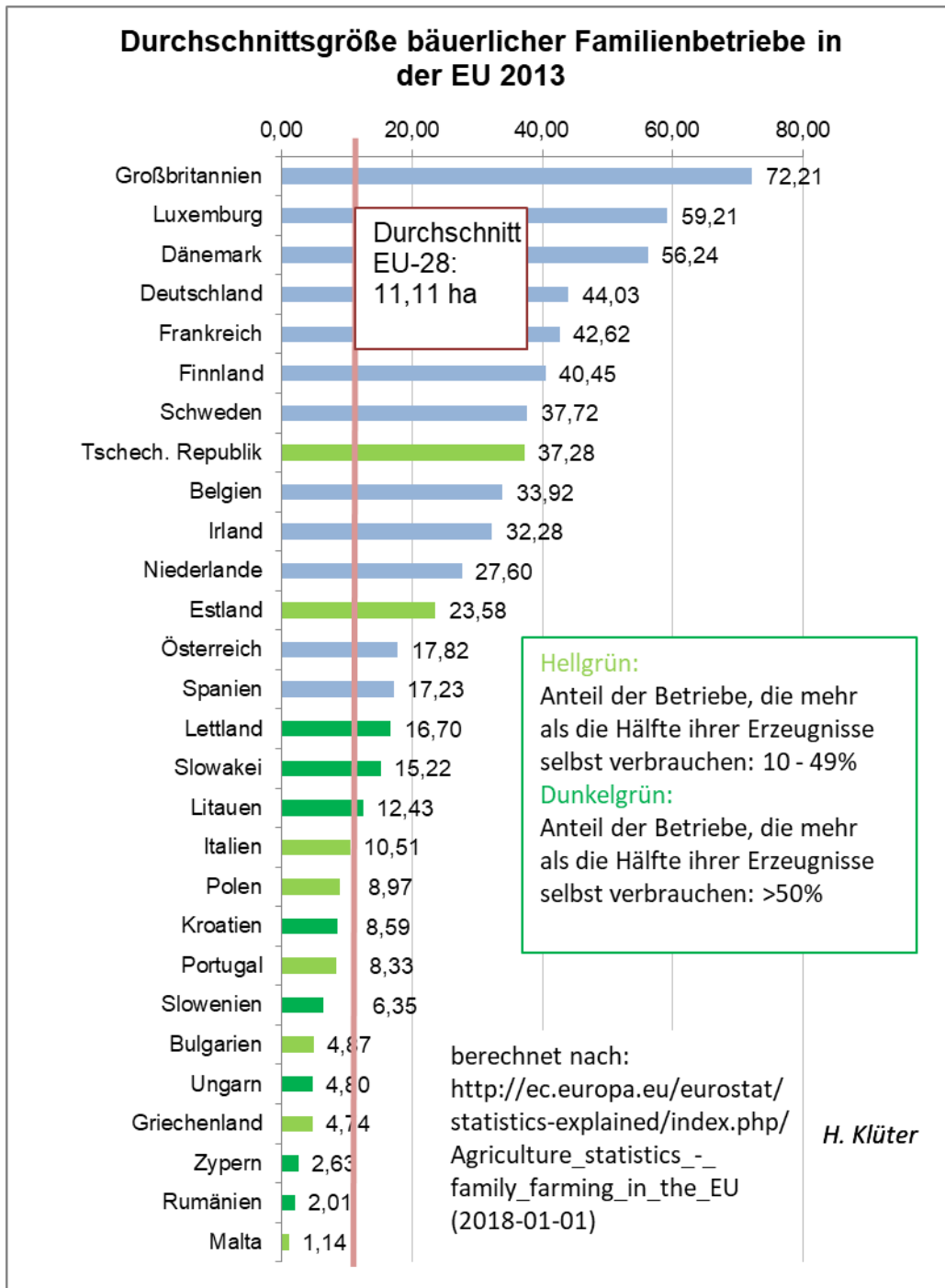


Abb. 5:

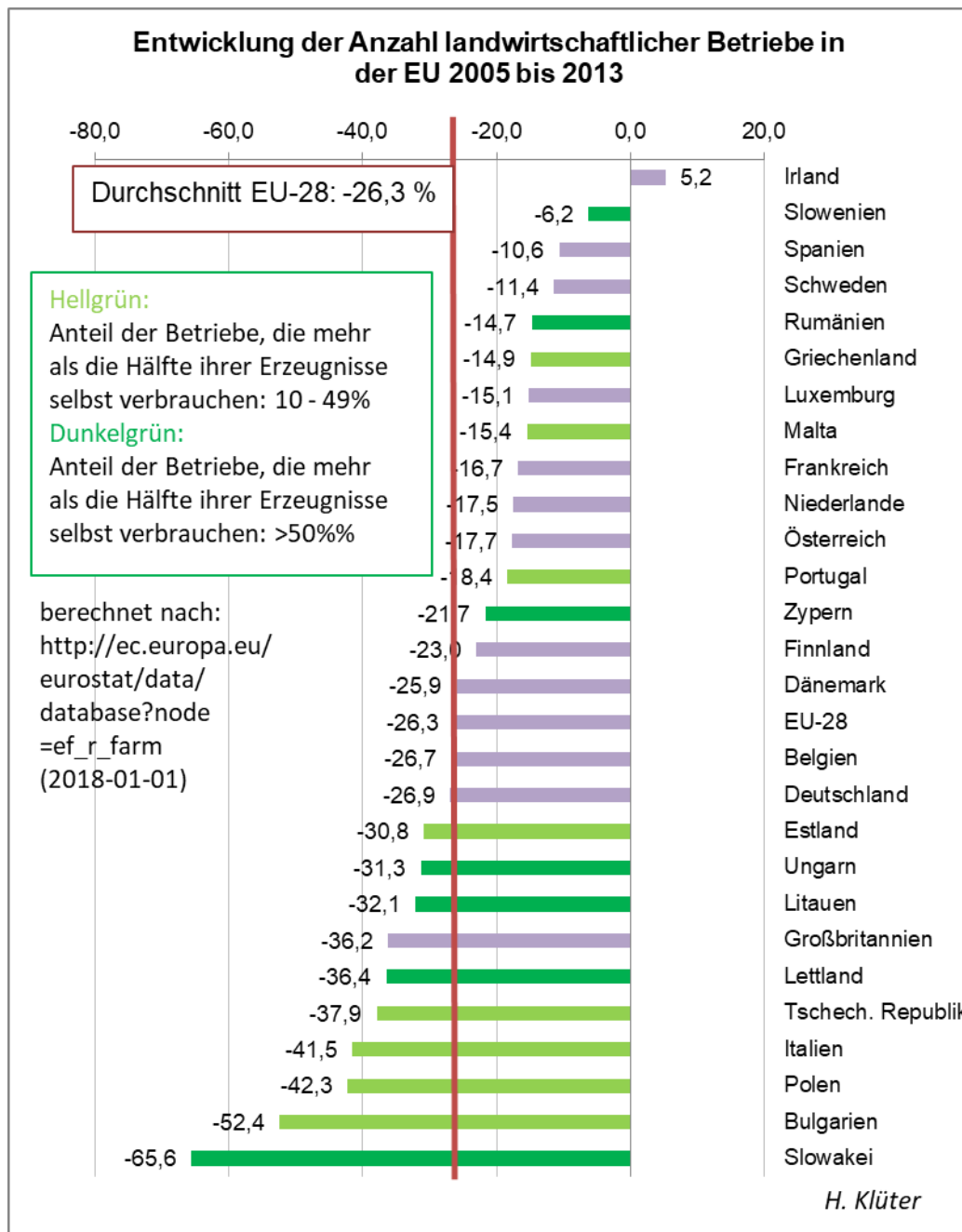


Am schwächsten sind die bäuerlichen Familienbetriebe in der Slowakei, in der Tschechischen Republik und in Bulgarien aufgestellt, in denen sie über weniger als 30% der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügen. Auch in Ungarn und Estland erreichen sie weniger als die Hälfte der Nutzfläche. Die Durchschnittsgröße der Familienbetriebe liegt in den meisten dieser Länder sehr niedrig. In diesen Staaten dominieren Großunternehmen, die nach der Zwangskollektivierung in sozialistischer Zeit entstanden sind und nach 1990 in Personengesellschaften oder juristische Personen umgewandelt wurden.

In den west- und nordeuropäischen Staaten werden Durchschnittsgrößen von über 25 ha erreicht. Die größten Familienbetriebe gibt es in Großbritannien, Luxemburg, Dänemark und Deutschland.

4. Der Rückgang der Betriebszahlen – „Höfesterben“

Abb. 6:



In der Zeit von 2005 bis 2013 sind in der Europäischen Union die Zahlen der landwirtschaftlichen Betriebe um ein Viertel zurückgegangen. Leider liegen keine Saldenzahlen vor. Es gibt keine statistischen Vergleiche über das Verhältnis von Betriebsneugründungen, -übernahmen, -schließungen oder -verkäufen. Insofern sind die Da-

ten in Abb.6 zwar eindrucksvoll, aber nur schwer zu interpretieren. Das Spektrum reicht von einer positiven Entwicklung in Irland (+5,2%) bis zu einem Minus von fast zwei Dritteln der Ausgangszahl in der Slowakei (-65,6%).

Eine **hohe Flächenproduktivität** ist **keineswegs ein Garant für eine positive Betriebszahlenentwicklung** – wie die Beispiele der Niederlande (-17,5%) oder Maltas (-15,4%) zeigen. Auch Benachteiligungen in Klima und Boden führen nicht zu eindeutigen Ergebnissen: Schweden nimmt mit einem Minus von nur -11,4% eine Spitzenposition ein, während die benachbarten Staaten Finnland (-23%) oder Estland (-30,8%) starke Rückgänge aufweisen.

In der Spitzengruppe gibt es nur einen Staat mit großbetrieblichen Strukturen: Rumänien. Teilweise ist dies den Besonderheiten seiner Agrarstatistik geschuldet.

Unter den Staaten mit erheblicher Negativentwicklung tauchen einige großbetrieblich strukturierte Landwirtschaften auf: Ungarn, Großbritannien, Tschechische Republik, Bulgarien und die Slowakei.

Eine genauere Analyse der Entwicklungspfade einzelner Staaten zeitigt weitere interessante Ergebnisse. In Abb. 7 wurden nur solche Staaten aufgenommen, aus denen bereits die Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016 vorliegen. Damit sind seit 2005 vier weitere Zeitschnitte gegeben: 2007, 2010, 2013 und 2016.

Abb. 7:

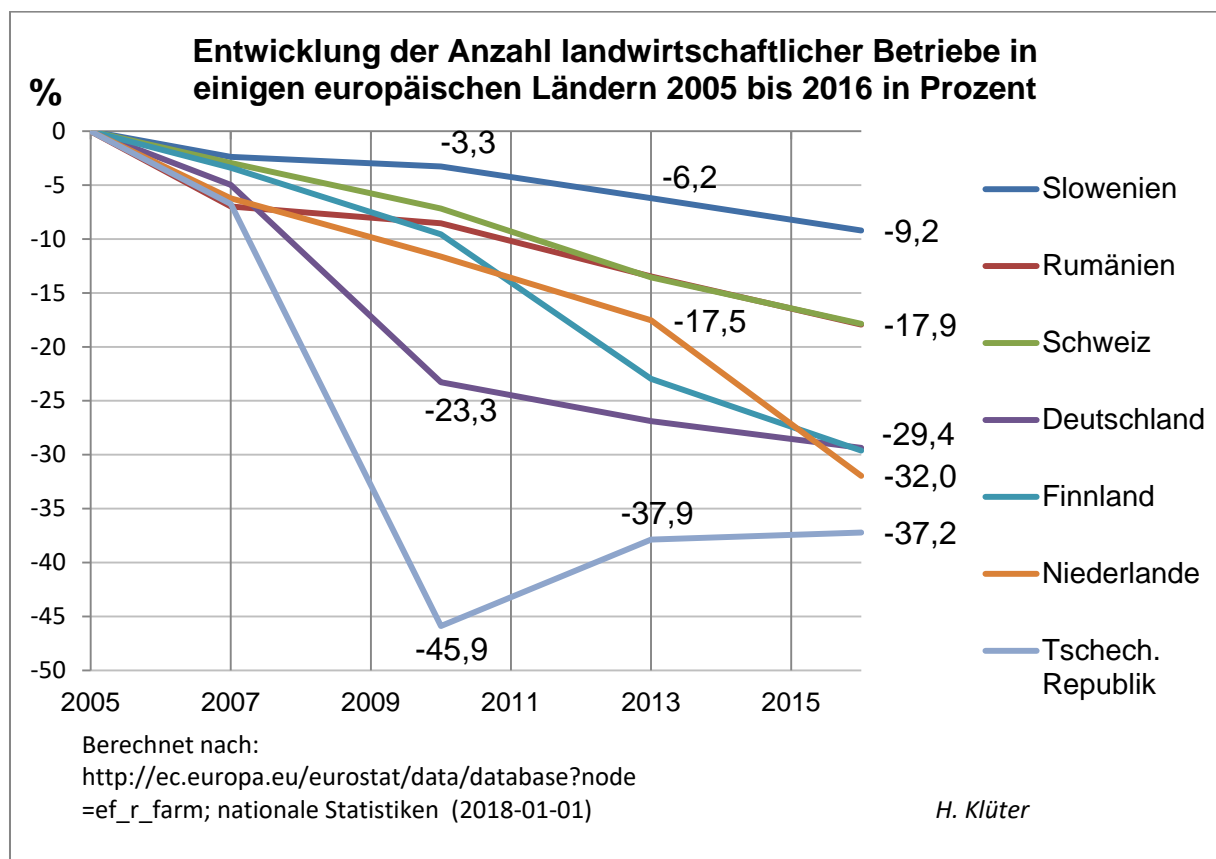
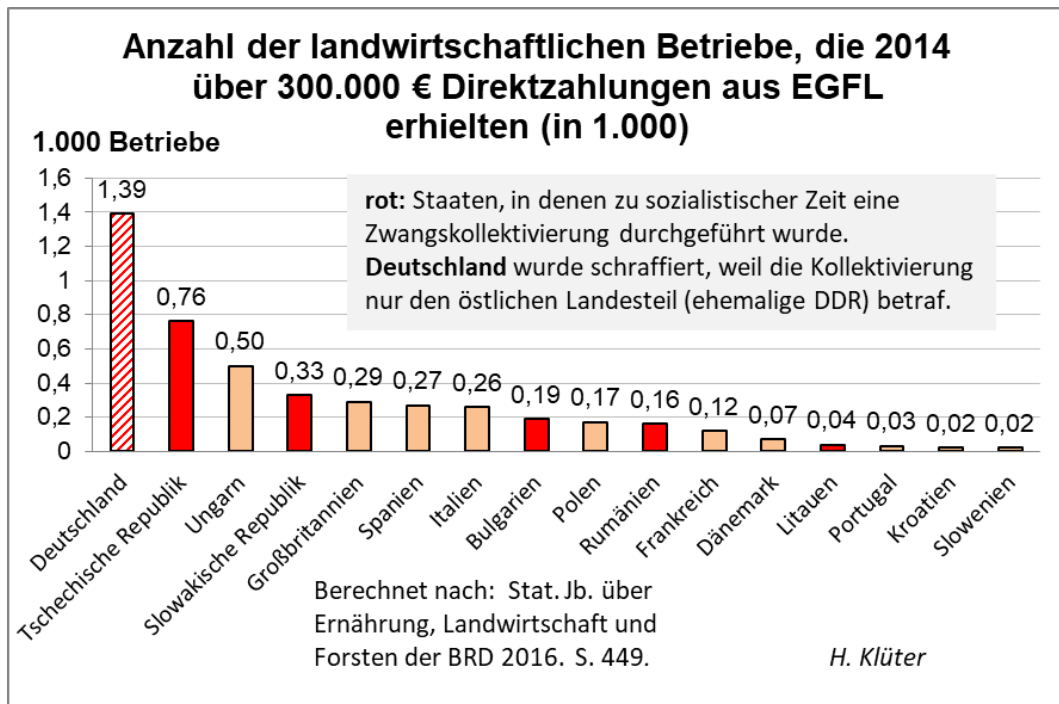


Abb. 8:



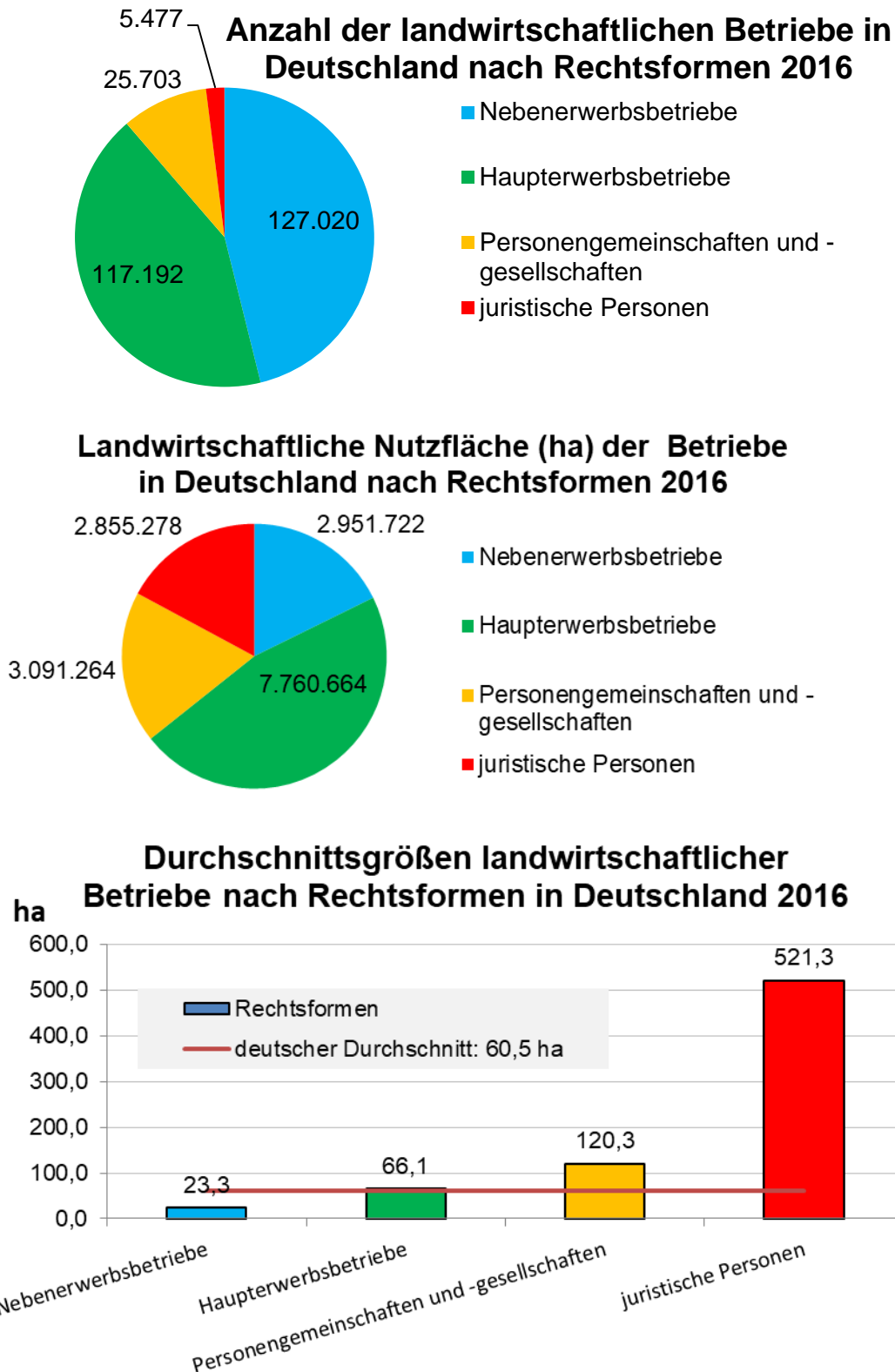
Vergleichsweise kontinuierlich verliefen die Entwicklungen in Slowenien und in der Schweiz. Erhebliche Brüche gab es in Deutschland und in der Tschechischen Republik zwischen 2007 und 2010.

Der Bruch in Deutschland zwischen 2007 und 2010 lässt sich größtenteils durch eine Veränderung der Erfassungsgrenzen erklären. Bis 2007 wurden Betriebe ab 2 ha landwirtschaftlichen Nutzfläche einbezogen, ab 2010 jedoch nur solche, die 5 ha oder mehr aufweisen. Betriebe mit kleineren Flächen werden nur berücksichtigt, wenn sie im Viehbestand oder bei Gartenbauaktivitäten bestimmte Grenzwerte überschreiten. Betrachtet man ausschließlich die Betriebe ab 5 ha, beträgt der Rückgang 2005 bis 2013 in Deutschland nicht mehr 26,9%, sondern mit 13,7% halb so viel. Bis 2016 ergab sich ein weiterer Rückgang der Anzahl auf 16,3% vom Ausgangswert im Jahre 2005.

Der **Rückgang der bäuerlichen Familienbetriebe spiegelt** in gewisser Weise die **wachsende Stärke der agrarindustriellen Großunternehmen**. Wenn sie mehr als 1.300 ha besitzen, erhalten sie meist über 300.000 Euro pro Jahr Direktzahlungen aus den EGFL-Fonds der EU. Da diese Daten auch für andere EU-Länder vorliegen, kann man Deutschland mit anderen Staaten vergleichen. Es zeigt sich, dass die deutschen agrarindustriellen Unternehmen am stärksten von der jetzigen EU-Förderpolitik profitieren. (vgl. Abb. 8). Allein Mecklenburg-Vorpommern hat mit 294 Betrieben dieser Kategorie mehr als ganz Spanien oder ganz Italien. Hätte man Daten über Unternehmensstrukturen untersucht, läge die Zahl weit höher. Konsortien wie die Zech Group verfügen über zahlreiche Betriebe, die für sich genommen weniger als 300.000 € pro Jahr, in der Summe jedoch ein Vielfaches davon erhalten.

5. Zur besonderen Situation der Betriebssysteme in Deutschland

Abb. 9:



Berechnet nach:

Stat. Bundesamt (ed.): Agrarstrukturerhebung 2016 Rechtsformen und Erwerbscharakter. Fachserie 3 Reihe 2.1.5; Tabelle 0501.1T

H. Klüter

In der deutschen Statistik werden die **bäuerlichen Familienbetriebe** nach Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben unterteilt. Zahlenmäßig bilden die Nebenerwerbsbetriebe die größte Gruppe, gefolgt von den Haupterwerbsbetrieben. Außerdem gibt es fast **26.000 Personengesellschaften und Personengemeinschaften**. Der Ausdruck in der Statistik ist missweisend, denn auch GmbH und juristische Personen können als Gesellschafter auftreten, etwa in einer GmbH & Co. KG. Hofgemeinschaften gehören ebenfalls zu dieser Gruppe. Eine Personengemeinschaft oder – gesellschaft verfügt über keine Rechtspersönlichkeit.

Genau das ist der Unterschied zur **juristischen Person**. Dabei handelt es sich um GmbH oder Genossenschaften, Aktiengesellschaften, Vereine, Anstalten des privaten oder öffentlichen Rechts u. ä. Sowohl bei Personengemeinschaften als auch bei juristischen Personen ist gestattet, dass Teilhaber*innen nicht am Ort ansässig und/oder auch keine Landwirte sind. Allerdings kann in den Gesellschafterverträgen oder Genossenschaftsstatuten festgelegt sein, welche Eigenschaften ein/e Teilhaber*in haben oder welche Qualifikationen er/sie erfüllen soll. Diese Vorgaben können auf Gesellschafterversammlungen vorgenommen oder abgeschafft werden.

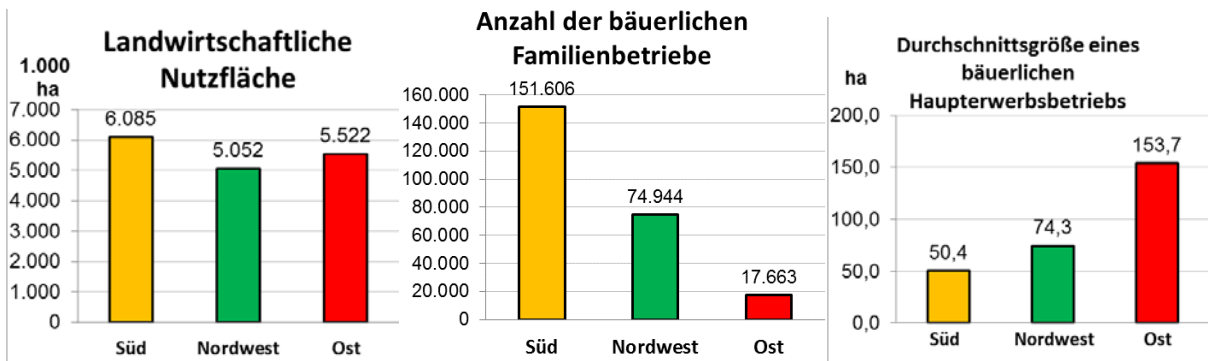
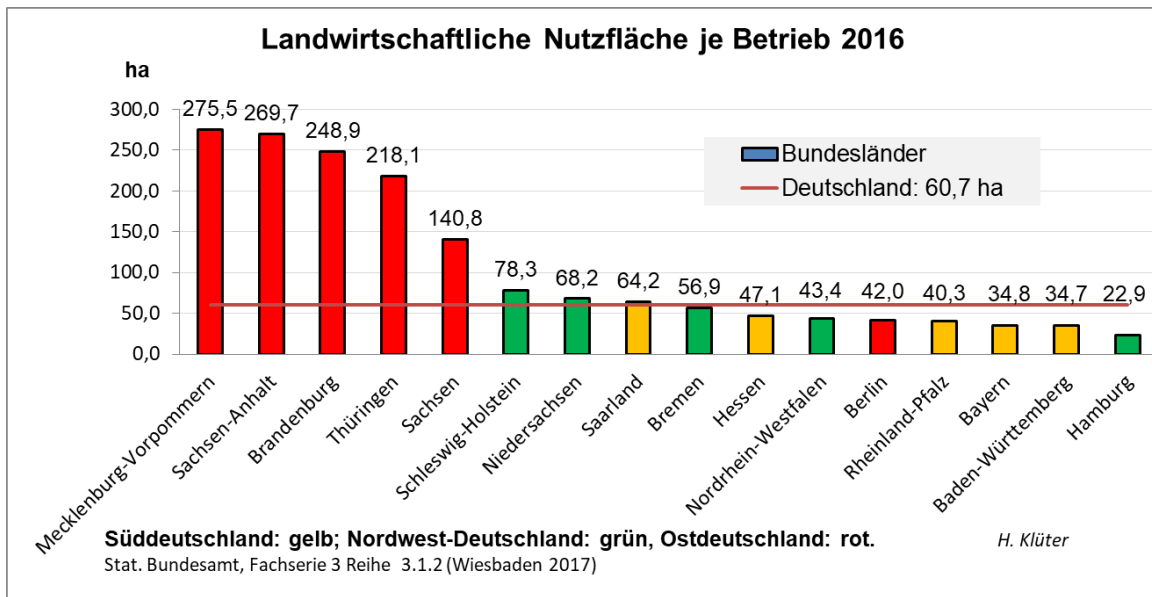
Es fällt auf, dass sich die einzelnen Typen stark in ihrer Flächengröße unterscheiden: Der durchschnittliche Haupterwerbsbetrieb ist mit 66 ha dreimal größer als der durchschnittliche Nebenerwerbsbetrieb. Die durchschnittliche Personengesellschaft ist mit über 120 ha doppelt so groß und die durchschnittliche juristische Person achtmal größer als ein Haupterwerbsbetrieb (vgl. Abb.9).

Die Regionalisierung nach Bundesländern zeigt, dass einige von den Durchschnittsgrößen erheblich abweichen. In **Ostdeutschland** gibt es durchschnittliche Flächengrößen, die die der Tschechischen Republik übertreffen, in **Nordwestdeutschland** wird der gesamtdeutsche Durchschnitt repräsentiert und in **Süddeutschland** gibt es Betriebsgrößen die mit dem Durchschnitt in Belgien oder Irland vergleichbar sind.

Die drei Landesteile oder Makroregionen verfügen über je 5 bis 6 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (LNF). Süddeutschland hat achtmal mehr bäuerliche Familienbetriebe wie Ostdeutschland (vgl. Abb. 10). Im Osten sind jedoch die Bauernhöfe mit 153,7 ha durchschnittlich dreimal größer als im Süden. Allerdings haben sie im Osten nur 31,8% Anteil an den dortigen landwirtschaftlichen Arbeitskräften, 27,5% an der landwirtschaftlichen Nutzfläche und nur 6,2% an der Schweinehaltung. Auch bei den juristischen Personen gibt es gravierende regionale Unterschiede: In Ostdeutschland sind sie mit 753 ha zehnmal größer als in Nordwest- oder Süddeutschland. Mit diesen Daten dürfte die großbetriebliche Struktur Ostdeutschlands hinreichend belegt sein.

Die Flächenproduktivität ist einer der wichtigsten Erfolgsindikatoren für die Landwirtschaft. In Ostdeutschland ist sie mit 640 €/je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche um die Hälfte niedriger als in Nordwestdeutschland (1.368 €/ha). Die Gliederung nach Bundesländern zeigt, dass die ostdeutschen Bundesländer eine geschlossene Schlussgruppe bilden (Vgl. Abb. 11).

Abb. 10:



Anteil der bäuerlichen Familienbetriebe in der jeweiligen Makro-Region:

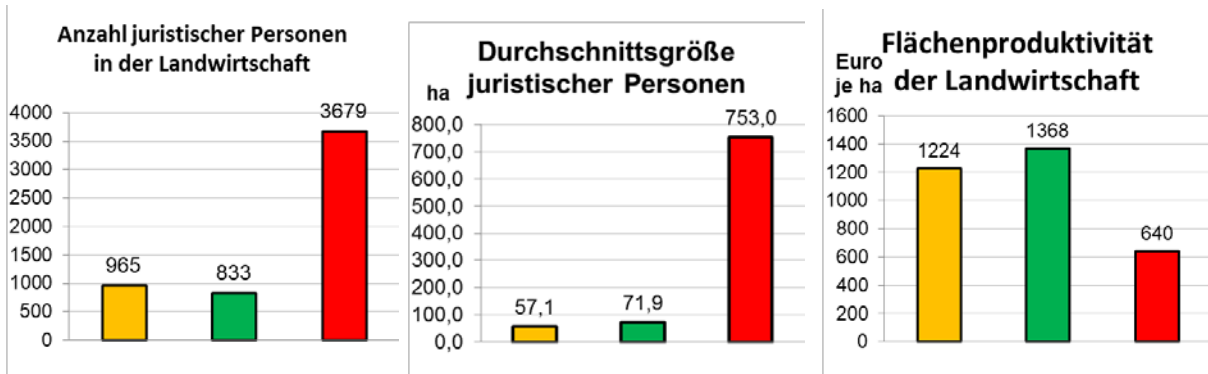
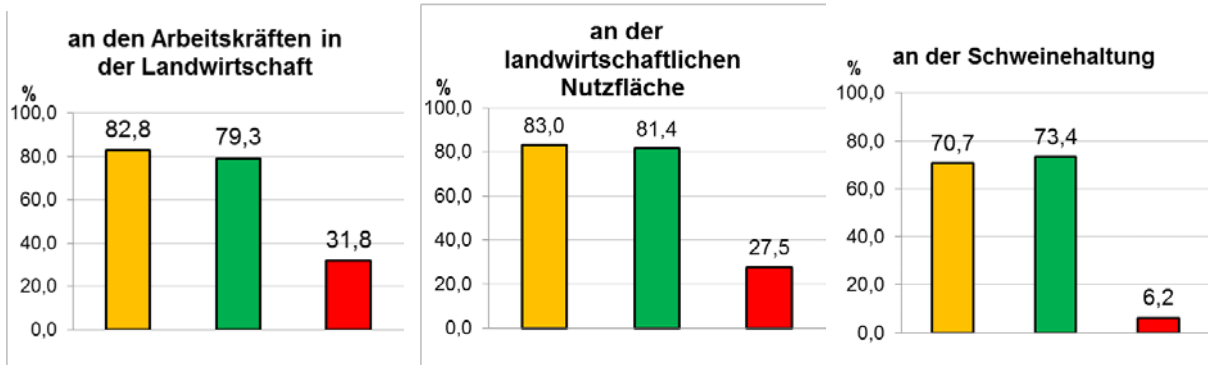
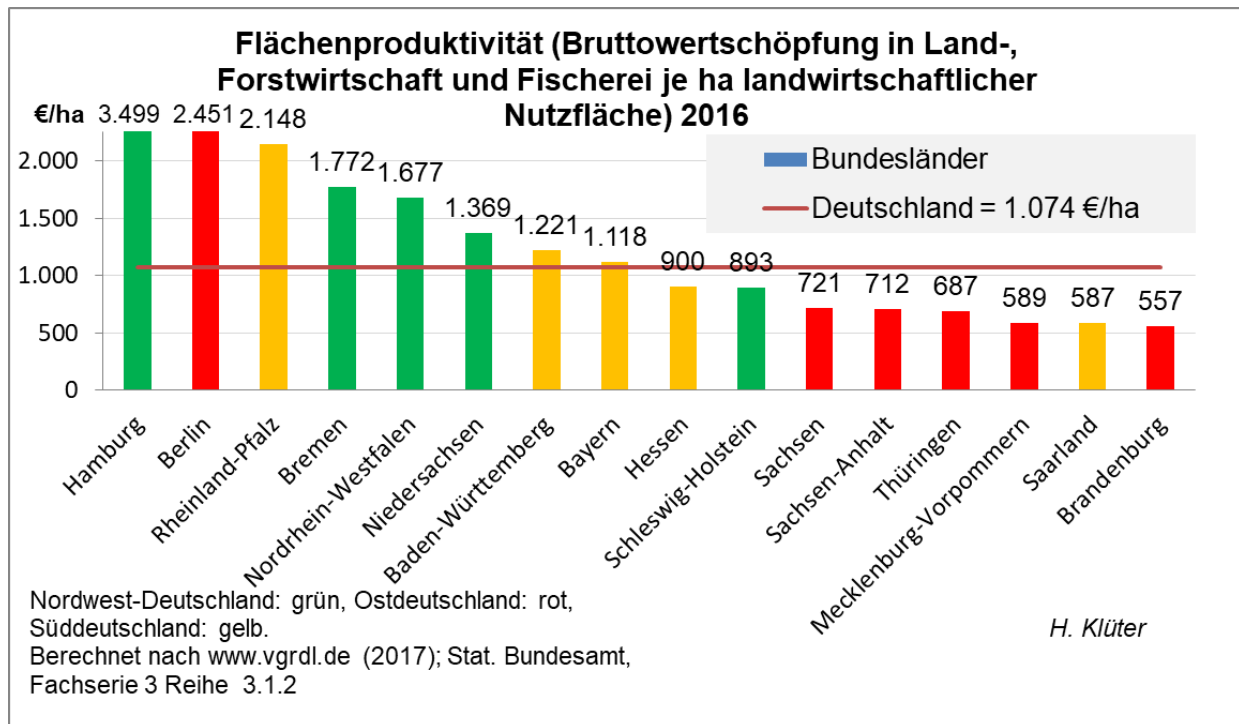


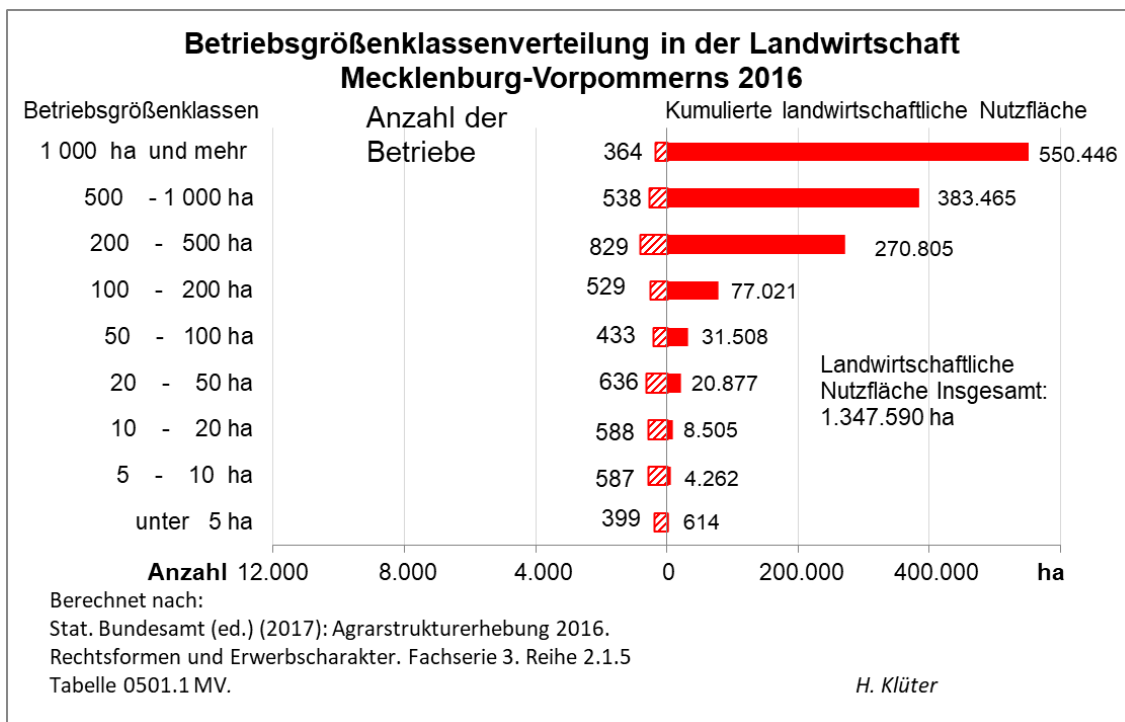
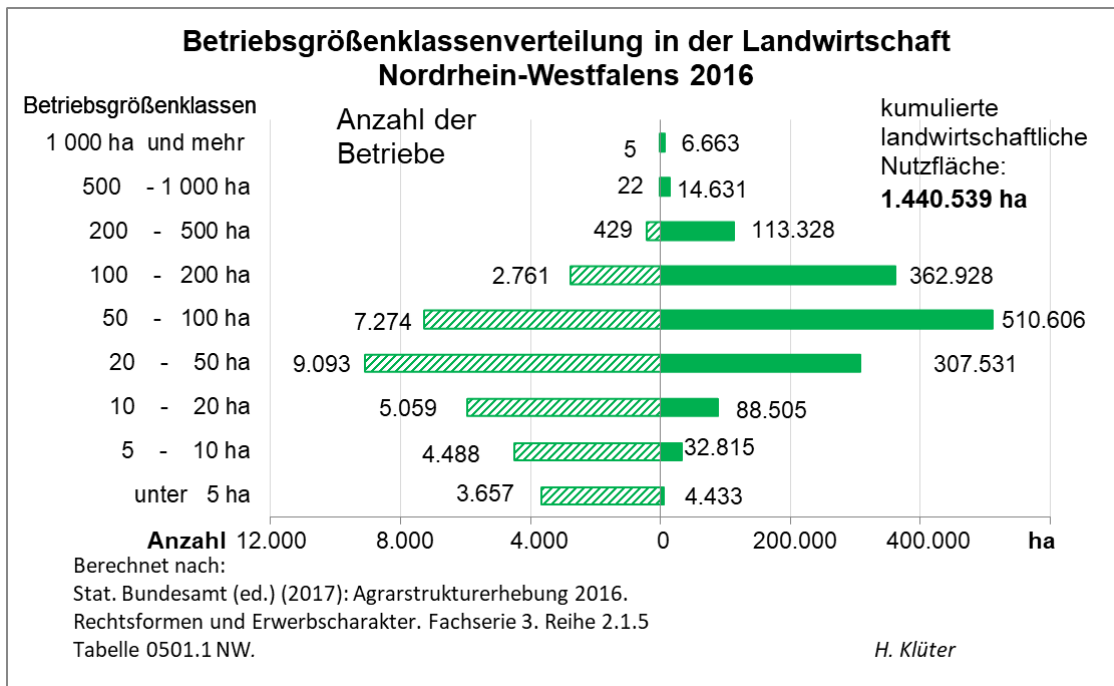
Abb. 11:



Sogar Sachsen-Anhalt, das Bundesland mit den besten Böden in Deutschland, bildet keine Ausnahme. Aus Westdeutschland befindet sich nur das extrem zersiedelte, gebirgige Saarland in dieser Gruppe. In Ostdeutschland liegt die durchschnittliche Bruttowertschöpfung je ha nur wenig höher als die flächenspezifische Subventionssumme. Allein die Direktzahlungen machten 2016 knapp 270 €/ha aus. Nach der Interpretation der Buchführungsergebnisse der Testbetriebe kann davon ausgegangen werden, dass in Ostdeutschland über ein Drittel der Großbetriebe existentiell von den Agrarsubventionen abhängig ist (vgl. Klüter 2016). Dies ist einer der Gründe, weshalb die deutsche Agrarlobby Kappungsgrenzen für Direktzahlungen vehement ablehnt und damit fast alle Initiativen für eine nachhaltige Landwirtschaft auf nationaler und europäischer Ebene blockiert.

Eine der Ursachen für die **niedrige Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland** liegt im Produktspektrum: Die Großbetriebe konzentrieren sich auf die Erzeugung billiger Massenprodukte wie Getreide, Raps, Mais und Schweinefleisch. In hochwertigen Preissegmenten wie Gemüse, Obst, Öko-Erzeugnisse, Blumen und Zierpflanzen sind sie kaum präsent. Für derartige Kulturen fehlen ihnen die Arbeitskräfte. Mit 1,7 Arbeitskräfte-Einheiten je 100 ha (AK-E/100 ha) ist Ostdeutschland weniger als halb so stark wie Süddeutschland mit 4,0 AK-E/100 ha. Nordwestdeutschland nimmt mit 2,0 AK-E/100 ha eine mittlere Position ein. Hier ergibt sich das Paradox, dass die relativ reichen Länder Süd- und Nordwestdeutschlands mehr Arbeitskraft in ihre Landwirtschaft investieren als das relativ arme Ostdeutschland. Das angebliche Agrarland Mecklenburg-Vorpommern beschäftigte 2013 23.900 Arbeitskräfte in seiner Landwirtschaft, das Industrieland Nordrhein-Westfalen bei nur wenig größerer Nutzfläche jedoch fünfmal so viel: 130.300.

Abb. 12:
Betriebsgrößenklassen in Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern



Extreme Unterschiede gibt es in der **Verteilung der Betriebsgrößenklassen**: In Nordrhein-Westfalen verfügt die Klasse der Betriebe mit Nutzflächen zwischen 50 bis 100 ha mit insgesamt über 510.000 ha über mehr als ein Drittel der Nutzflächen des Bundeslandes. Diese Fläche ist auf 7.274 Betriebe verteilt. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es nur 433 Betriebe dieser Größenordnung. In der Klassenverteilung entfällt der größte Anteil mit über 550.000 ha auf die 364 Betriebe mit jeweils

mehr als 1.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die bäuerliche Mittelschicht ist in Mecklenburg-Vorpommern – wie auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern – sehr schwach vertreten. Die Verteilung in Mecklenburg-Vorpommern gleicht einer umgestülpten Pyramide – wie sie im 19. Jahrhundert für feudale Staaten typisch war. Deshalb wird eine solche **Besitzverteilung neofeudal** genannt. **Ähnliche neofeudale Besitzverteilungen gibt es in der Tschechischen Republik, der Slowakei, in Rumänien und Bulgarien.**

Demgegenüber erzeugt die **bäuerliche Landwirtschaft in Westdeutschland** eine breite Vermögensstreuung im ländlichen Raum. Die durch mittelgroße Vermögen gebundene Landbevölkerung ist viel weniger durch Abwanderung gefährdet als die Landarbeiter in Ostdeutschland. Die von den Großbetrieben erwirtschafteten Gewinne werden im Gegensatz zu Westdeutschland nicht im Dorf ausgegeben oder investiert, sondern fließen an Gesellschafter und Aktionäre ab, die häufig nicht vor Ort wohnen und dort auch nicht investieren. Insofern ist ein durch bäuerliche Landwirtschaft dominierter Raum sogar in der unfruchtbaren Lüneburger Heide oder im Bayerischen Wald reicher als der agrarindustriell dominierte Raum der Magdeburger Börde in Sachsen-Anhalt.

Für **Agrarindustrie** gelten folgende Kriterien:

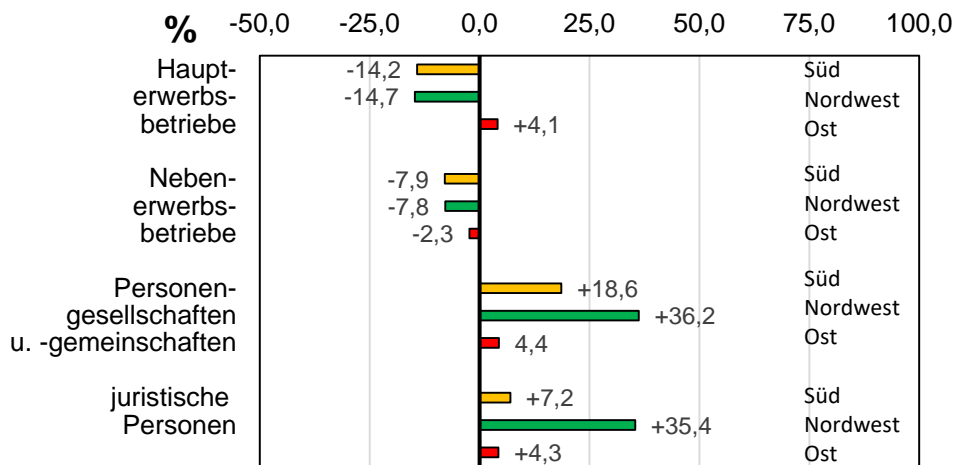
- über Besitzanteile miteinander verflochtene, filialisierte Unternehmensstrukturen mit mindestens einer regional marktbeherrschenden Position,
- Unternehmen oder Unternehmensteile, die nicht von einem orts- oder regionsansässigen Berufslandwirt dauerhaft geführt werden,
- Gruppen von Betrieben, die über Dauerverträge (länger als zwei Jahre) an Besitz-, Großabnehmer- und Lieferstrukturen der Ernährungswirtschaft gebunden sind – vor allem dann, wenn diese Betriebe direkt nebeneinander liegen („Regionalkartelle“),
- Viehanlagen mit mehr als 500 Rindern (GV),
und/oder mehr als 2000 Schweinen
oder mehr als 380 Sauen mit 3000 Ferkeln
und/oder mehr als 9000 Geflügeltieren, wobei die Besetzung einer Stallanlage 600 Tiere nicht überschreitet,
- Betriebe mit mehr als 500 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Agrarbetriebe, die eines der obigen Kriterien erfüllen, müssen daraufhin untersucht werden, ob sie noch zur Landwirtschaft zu zählen sind. Dies wäre beispielsweise dann der Fall, wenn sie im Arbeitskräftebesatz 30% über dem ausrichtungsspezifischen gesamtdeutschen Mittelwert liegen und in sozial- bzw. regionalökonomisch bzw. -ökologisch bedeutsamen Bereichen wichtige Aufgaben erfüllen.

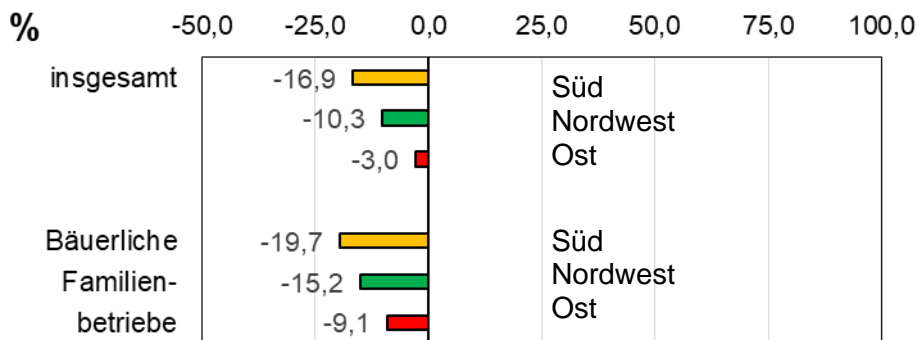
Das bedeutet, dass nicht alle großen Betriebe automatisch zur Agrarindustrie zu zählen sind. Es gibt Hofgemeinschaften und andere Personengesellschaften, in denen die Teilhaber persönlich in dem jeweiligen landwirtschaftlichen Unternehmen arbeiten, und es – abgesehen von den Lehrlingen und Angestellten – keine weiteren nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte gibt.

Abb. 12:

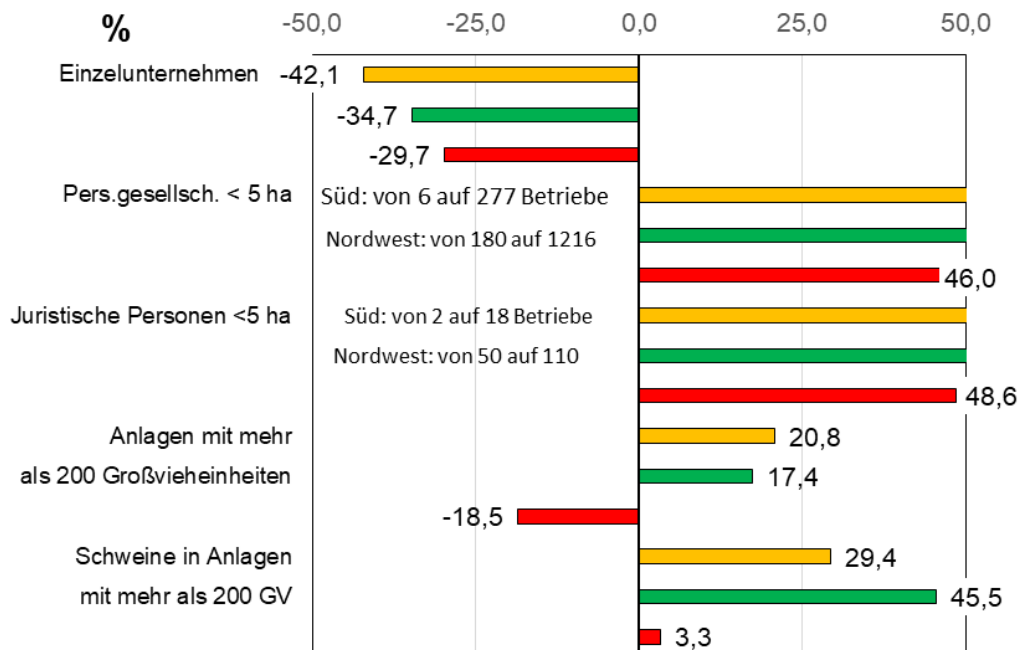
Entwicklung der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe 2010 bis 2016



Entwicklung der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 2010 bis 2016



Entwicklung der Anzahl der Betriebe mit Schweinehaltung 2010 bis 2016



In solchen Betrieben herrscht eine **Unternehmenskultur**, die mit der in bäuerlichen Familienbetrieben vergleichbar ist. Ebenso gibt es juristische Personen, die als Arbeitsgenossenschaft funktionieren. Das bedeutet, dass es in solchen Betrieben keine landwirtschaftsexternen Kräfte gibt. In Deutschland haben allerdings Vermögensgenossenschaften juristisch denselben Status. In derartigen Unternehmen arbeiten die Genossen nicht selbst, sondern stellen externe Arbeitskräfte ein.

Wenn die Landwirtschaften mit hohen Anteilen bäuerlicher Familienbetriebe so produktiv sind, die Vermögensbildung im ländlichen Raum beflügeln und zusätzlich noch Versorgungsleistungen erbringen, ergibt sich die Frage, **warum gerade in Westdeutschland die Zahl der Höfe überproportional zurück geht**. Besonders stark sind Haupterwerbsbetriebe betroffen. In den Jahren von 2010 bis 2016 hat sich die Zahl der Höfe in Westdeutschland um über 14% verringert und in Ostdeutschland um 4,1% erhöht (vgl. Abb. 12).

Ein Teil der Haupterwerbsbetriebe wurde offenbar in Nebenerwerbsbetriebe umgewandelt, denn deren Zahl hat in Westdeutschland um weniger als 8% abgenommen.

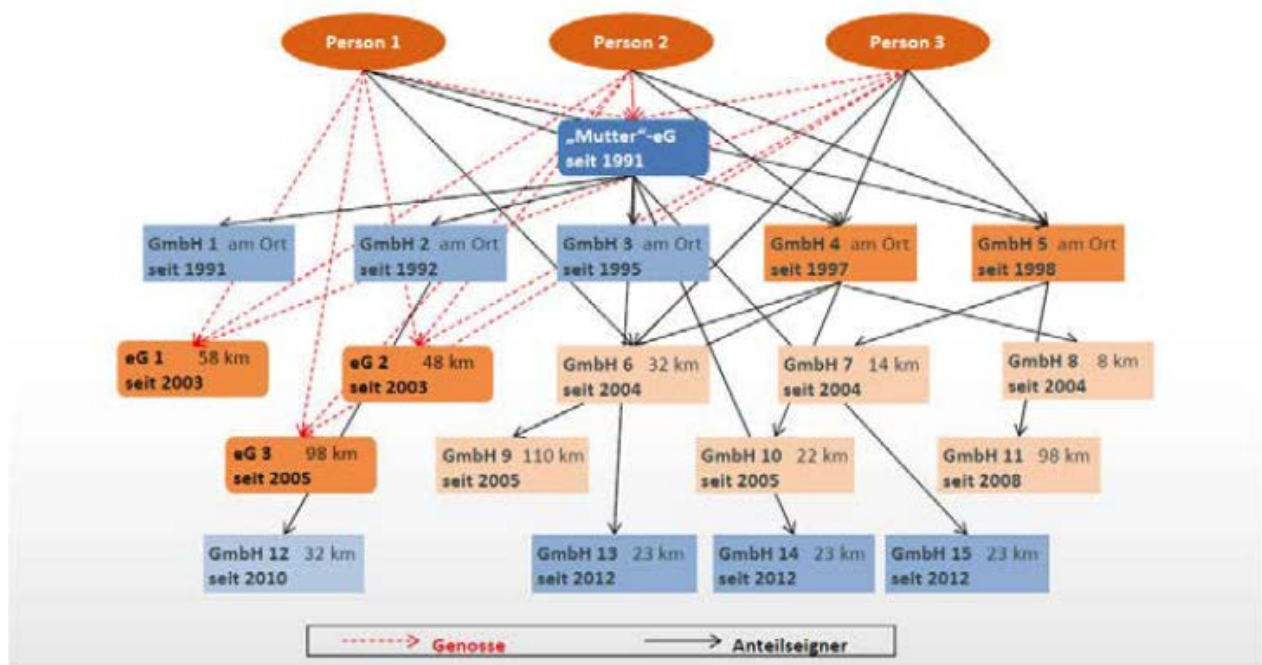
Der größte Teil der ehemaligen Familienbetriebe dürfte in Personengemeinschaften und juristischen Personen aufgegangen sein. Dabei wuchs die Anzahl dieser Gruppe Nordwestdeutschland innerhalb von 6 Jahren um über 35%. Die Zahl der Personengesellschaften stieg in Süddeutschland um 18,6%, die der juristischen Personen um 7,2%.

Offenbar verbreiten sich die in Ostdeutschland etablierten Organisationsformen nichtbäuerlicher Landwirtschaft auch im Westen. Besonders stark betroffen waren in den letzten 6 Jahren die Höfe mit Schweinehaltung. Insgesamt hat sich die Zahl der gehaltenen Schweine um 1,5% auf 27.977.515 Tiere leicht erhöht. Die Zahl der bäuerlichen Familienbetriebe mit Schweinehaltung ging jedoch von 54.740 auf 33.616 zurück, also um ein Drittel. Überproportional fielen die Verluste mit -42,1% in Süddeutschland, unterproportional mit -29,7% in Ostdeutschland aus. Gleichzeitig nahm in Westdeutschland die Zahl der nichtbäuerlichen Schweinehalter mit weniger als 5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche um weit über 100% zu (vgl. Abb. 12). Das Geschäftsmodell ist einfach: Mehrere Bauern und Bäuerinnen schließen sich zu einer Gesellschaft oder GmbH zusammen und bauen – oft auf Initiative eines Großabnehmers – eine Massentierhaltung auf. Das neue Unternehmen ist vollständig auf den Zukauf von Futter und auf die Erschließung fremder Gülleflächen angewiesen, die manchmal hunderte von Kilometern vom Unternehmen entfernt liegen.

Die Personengesellschaften fast ohne landwirtschaftliche Nutzflächen hatten 2016 einen durchschnittlichen Besatz von 1.801 Schweinen, die entsprechenden juristischen Personen einen Besatz von 5.686 Schweinen. Für Ostdeutschland lauten die Zahlen entsprechend 8.740 Schweine in Personengesellschaften und 10.764 Schweine in juristischen Personen. Mussten 2010 35,7% der Schweine in agrarindustriellen Anlagen (mehr als 200 GV – Großvieheinheiten) leben, waren es 6 Jahre später bereits 45,2%. In Ostdeutschland sind es 92,9%, in Süddeutschland 12,2%. 2010 waren es in Süddeutschland erst 8,5% gewesen.

Aus ökonomischer Sicht wachsen bei solchen Betrieben die **Vorleistungen**. Das gesamte Viehfutter muss zugekauft werden. Dieser Aufwand muss von der Wertschöpfung abgezogen werden und mindert diese erheblich. Ähnliches gilt bei Großviehanlagen für Tierarzneimittel, die nicht selten prophylaktisch gegeben werden, um die Seuchengefahr zu mindern. Auch die Jungtiere müssen in vielen Betrieben zugekauft werden, weil sie keine Sauenhaltung mehr haben. Wenn in der agrarindustriellen Kette, in die ein solcher Betrieb arbeitsteilig eingebunden ist, etwas nicht funktioniert, ist der einzelne Betriebsinhaber nicht in der Lage, diesen Fehler zu beseitigen, es sei denn, der Fehler oder der Unfall hat sich im eigenen Betrieb ereignet. Der Anteil der Vorleistungen an dem Produktionswert zu Herstellungspreisen ist in der deutschen Landwirtschaft von 68% im Jahre 2010 auf 74% im Jahre 2015 gestiegen.

Abb. 13: Beispiel für komplexe Unternehmensstrukturen in Ostdeutschland



Aus: Forstner, Arkenstette 2014, S. 18.

Andererseits **bietet die vertragliche Einbindung in die agrarindustrielle Produktionskette dem Betriebsinhaber Einkommenssicherheit**. Mit Hilfe von Personengesellschaften und juristischen Personen können die Verantwortlichkeiten aufgespalten werden (vgl. Abb. 13). Im Seuchen- oder Kontrollfall bleiben die Besitzer einer derartigen Großviehanlage – im dargestellten Beispiel die Personen 1,2 und 3 - mehr oder weniger unbehelligt. Es kommt also durchaus vor, dass ein Bauer oder eine Bäuerin in Westdeutschland einen angesehenen Familienbetrieb führt, der noch nie ein Verfahren wegen Tierquälerei erlebt hat, in Ostdeutschland jedoch über mehrere Umwege an Massentierhaltungen beteiligt ist, die bereits mehrfach Strafverfahren über sich ergehen lassen mussten. Dieses zweifelhafte, aber für die Besitzer lukrati-

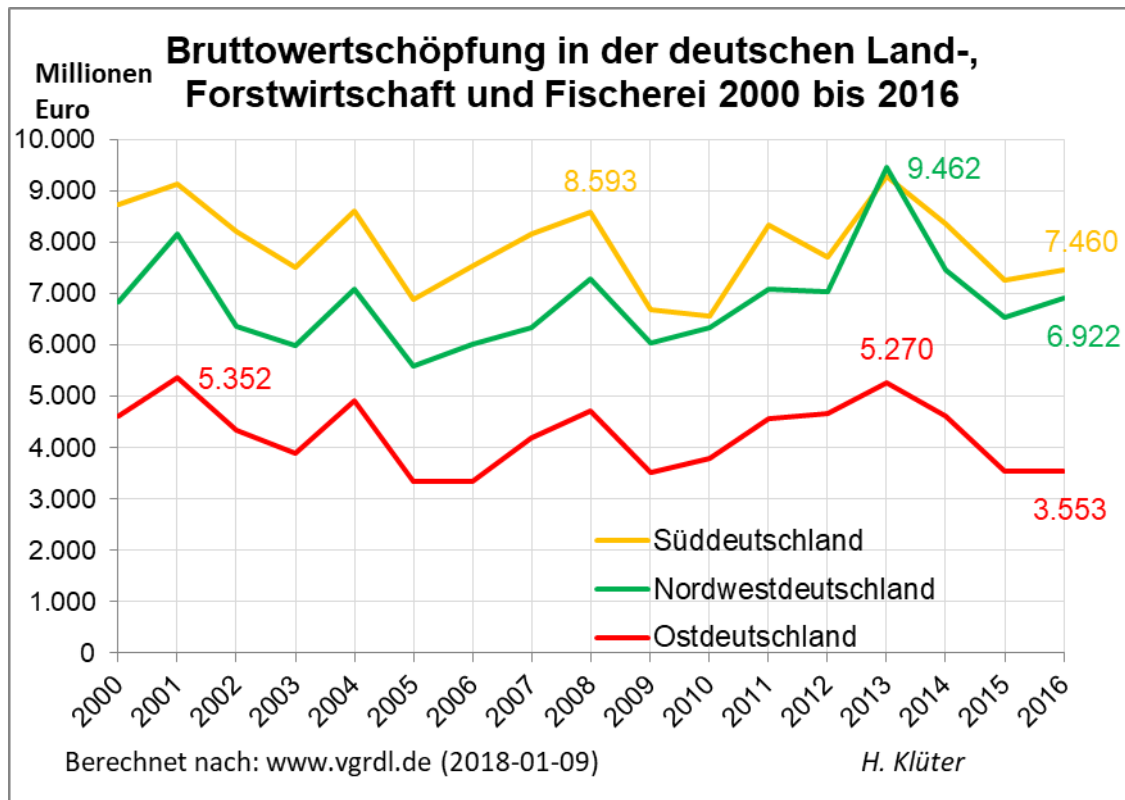
ve Geschäftsmodell breitet sich zunehmend auch in Westdeutschland aus. In der Realität sind die Strukturen oft weit komplizierter, als in Abb. 13 dargestellt. Leider werden weder in der deutschen noch in der EU-Statistik Unternehmensverflechtungen erfasst, obwohl das zur **Vermeidung von Doppelförderungen** dringend notwendig wäre.

Die Daten in Abb. 12 zeigen, dass die **Agrarindustrialisierung der Schweinehaltung** in vollem Gange ist. Es zeichnen sich ähnliche Entwicklungen ab, wie zwei Jahrzehnte zuvor in der Geflügelhaltung, die heute fast vollständig industrialisiert ist. Dieses Marktsegment ist nahezu vollständig aus dem Produktionsspektrum der kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe herausgefallen. Wenn man dies in der Rinderhaltung verhindern möchte, muss so schnell wie möglich gegengesteuert werden.

Ein weiterer Faktor für das Wachstum nichtbäuerlicher Betriebe sind die **räumlich hoch konzentrierten Liefer- und Abnehmerstrukturen im Nahrungs- und Futtermittelhandel und in der dazugehörigen Industrie**. Kleinere Fleischereien und Molkereien verschwinden noch schneller als bäuerliche Familienbetriebe. Die neuen Konzernstrukturen bevorzugen Großproduzenten. Mit denen handeln sie Preise aus, die für kleinere und mittlere Betriebe zu niedrig sind. Dabei gehen Quantität und Standardisierung vor Qualität. Davon sind nicht nur Produzenten in Deutschland, sondern auch in anderen Teilen Europas betroffen: Von den etwa 250 Apfelsorten, die früher in Südtirol erzeugt wurden, sind heute noch 8 als „marktfähige“ verblieben. Ihr Geschmack ist so fade, dass sie fast ausschließlich exportiert werden. Die Südtiroler Landbevölkerung isst vorzugsweise alte Apfelsorten, die in den Privatgärten wachsen. Andere Obstsorten sind ebenfalls von industrieller Standardisierung betroffen. Und auch in diesem Sektor gibt es abenteuerliche Rettungsgeschichten. So ist es wahrscheinlich einem einzigen Bäcker aus dem Südtiroler Dorf Laatsch zu verdanken, dass die **Palabirne** bisher überlebt hat. Der Bäcker brauchte die aussterbende Birne, um daraus ein besonderes Brot zu backen. Dieses Palabirnenbrot gehört heute zu den Markenzeichen der Region. Inzwischen gilt die Birne auch als Delikatesse in Gourmetküchen. Die teilweise riesigen Palabirnenbäume sind seitdem vor Abholzung sicherer.

Welche Auswirkungen hat die wachsende Agrarindustrialisierung auf die Wertschöpfung? Nur Nordwestdeutschland konnte 2016 eine geringfügig höhere Wertschöpfung als im Jahre 2000 erzielen. In Süd- und Ostdeutschland gab es tendenzielle Rückgänge. Da die Berechnung zu jeweiligen Preisen erfolgt, ist in den Daten die Inflation enthalten. Die Landwirtschaft ist somit der einzige größere Wirtschaftszweig in Deutschland, der sich insgesamt negativ entwickelt hat. Obwohl Ostdeutschland mehr landwirtschaftliche Nutzfläche als Nordwestdeutschland hat, ist der Rückstand in der Wertschöpfung den beiden anderen Makroregionen gegenüber weitgehend stabil geblieben (vgl. Abb. 14). Anders ausgedrückt: Obwohl die westdeutsche Landwirtschaft durch das Höfesterben weit stärker als die ostdeutsche beeinträchtigt worden ist, hat die ostdeutsche Landwirtschaft nach Wertschöpfung an Bedeutung verloren.

Abb. 14:



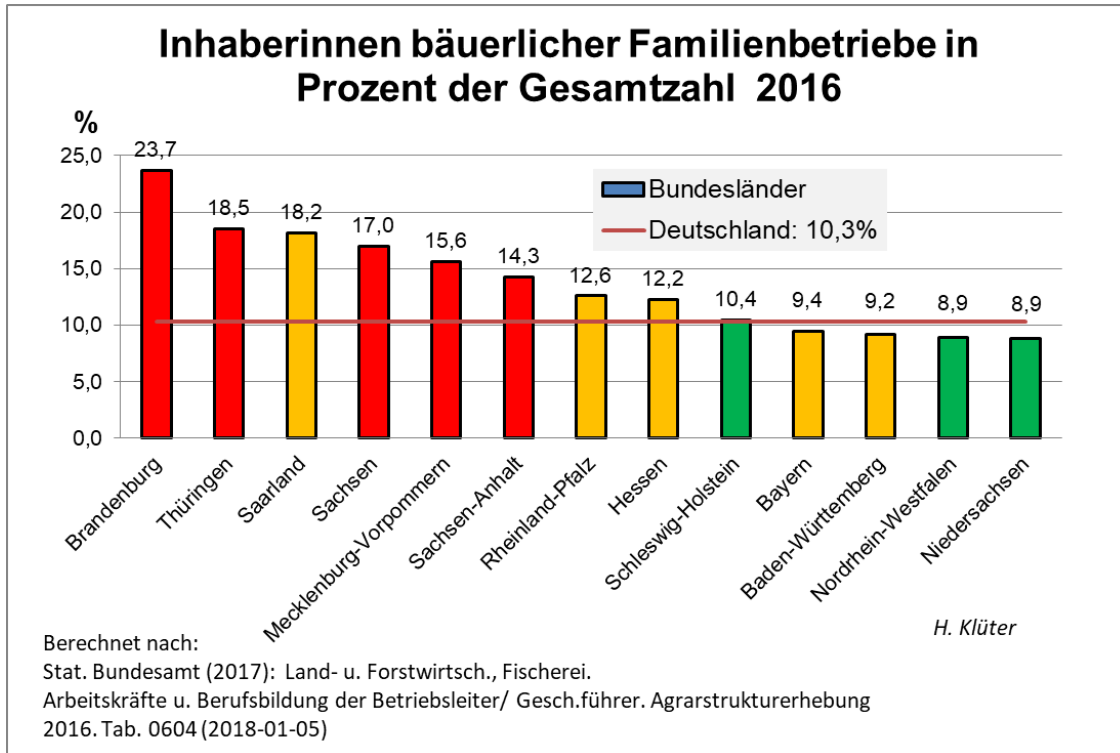
Erzeugte sie zu Beginn der 2000-er Jahre noch 22 bis 23% der landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland, sank ihr Anteil zusehends. 2016 fiel er unter 20%. Ursachen dafür sind die auf kurzzeitigen Gewinn ausgerichtete Misswirtschaft, die auf riesigen, immer weiter vergrößerten Ackerschlägen eine enorme Wind- und Wassererosion in Kauf nimmt, durch mangelhaften Fruchtwechsel und den damit verbundenen Masseneinsatz von Pestiziden Bodenfruchtbarkeit und Artenreichtum verringert und auf Marktsignale nur schwach oder gar nicht reagiert. Während ein Familienbetrieb sich relativ schnell auf Veränderungen der Nachfrage einstellt, bedarf es in einem Großbetrieb für einen Kurswechsel – ähnlich wie bei einem Ozeanriesen – von Raps/Getreide/Mais in eine andere Ausrichtung erheblicher Energien und meist zusätzlicher Arbeitskräfte.

Der Rückgang der Unternehmenszahlen ließ jedoch die Nutzflächen, die Fördersummen je Betrieb, und damit die Gewinne steigen – und zwar vor allem bei den Großbetrieben. Die Kurven der stagnierenden Wertschöpfung in Abb. 14 legen die Vermutung nahe, dass die **gestiegenen Gewinne der Großbetriebe nahezu ausschließlich durch die konzentrierte und wachsende Agrarförderung** finanziert werden.

Der zahlenmäßige **Niedergang der bäuerlichen Familienbetriebe** in Deutschland schlägt sich quantitativ **nur auf die männlichen Betriebsinhaber** nieder. Die Zahl der **Betriebsinhaberinnen** ist von 2010 bis 2016 um 0,6% auf etwa 25.300 Frauen

gestiegen. Dabei gab es in Nordwest- und Ostdeutschland leichte Rückgänge, die aber durch das Wachstum in Süddeutschland kompensiert wurden.

Abb. 15:



Bayern allein hat mit etwa 8.000 Betriebsinhaberinnen mehr als ganz Nordwestdeutschland (6.800) oder ganz Ostdeutschland (3.200). Relativiert man die Zahl der Betriebsinhaberinnen durch die der Bauernhöfe, werden die höchsten Anteile in Ostdeutschland und im Saarland erzielt. Allerdings ist auch das **führende Land Brandenburg** mit einem Frauenanteil von 23,7% und einem Männeranteil von 76,3 % noch weit von einer geschlechteradäquaten Gleichverteilung entfernt. In den Gesellschaften und juristischen Personen ist die Anzahl der Geschäftsführerinnen von 2010 bis 2016 um 39% gestiegen. In Süddeutschland gab es 2016 ungefähr 1.200, in Ostdeutschland etwa 1.100 und in Nordwestdeutschland 800 Geschäftsführerinnen. Genauere Angaben lässt die Agrarstrukturerhebung 2016 nicht zu.

6. Auswirkungen der Förderpolitik der Europäischen Union

Die **Direktzahlungen der EU werden in Deutschland** überwiegend **nach Flächengrößen verteilt**. In Abschnitt 4 wurde bereits darauf verwiesen, dass innerhalb Europas die deutsche Agrarindustrie am stärksten von der EU-Förderung profitiert. **7.624 Betriebe oder 2,4%** der deutschen Gesamtzahl **erhielten 2016 mit 1,454 Milliarden € also über 30% der Fördersumme** für ganz Deutschland. Von jenen 1,454 Milliarden € flossen 1,178 Milliarden €, d.h. 81% an ostdeutsche Großbetriebe mit jeweils mehr als 75.000 € Einzelfördersumme (vgl. Abb. 16).

Abb. 16:

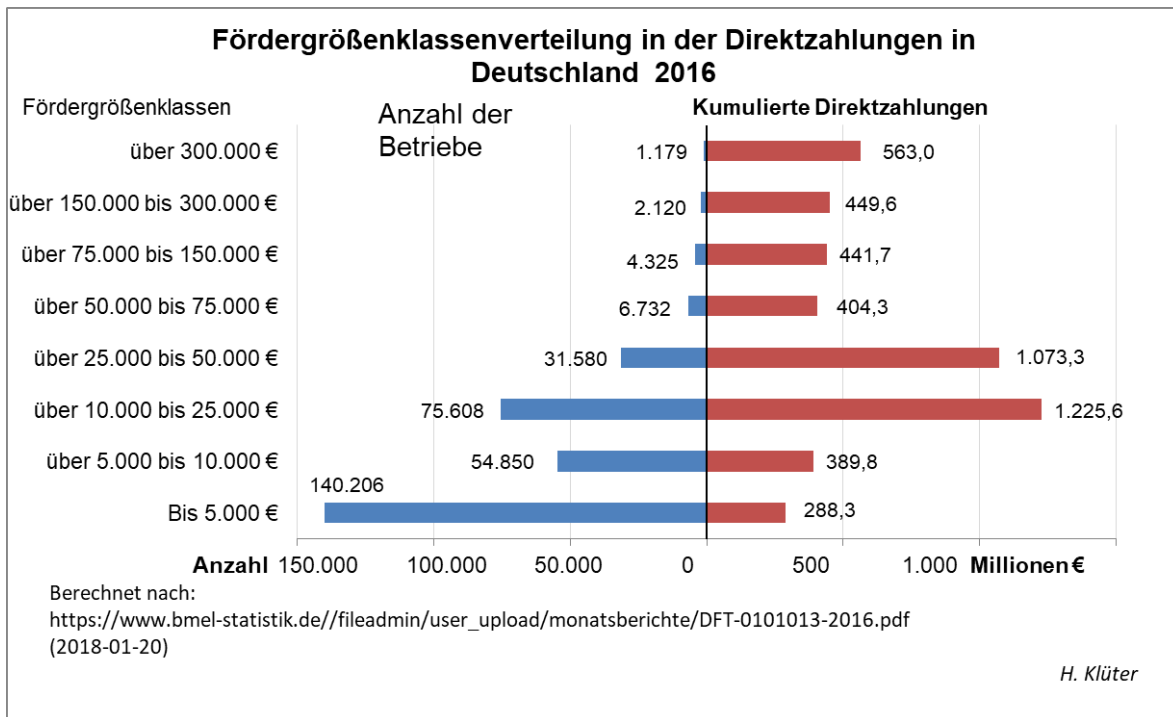
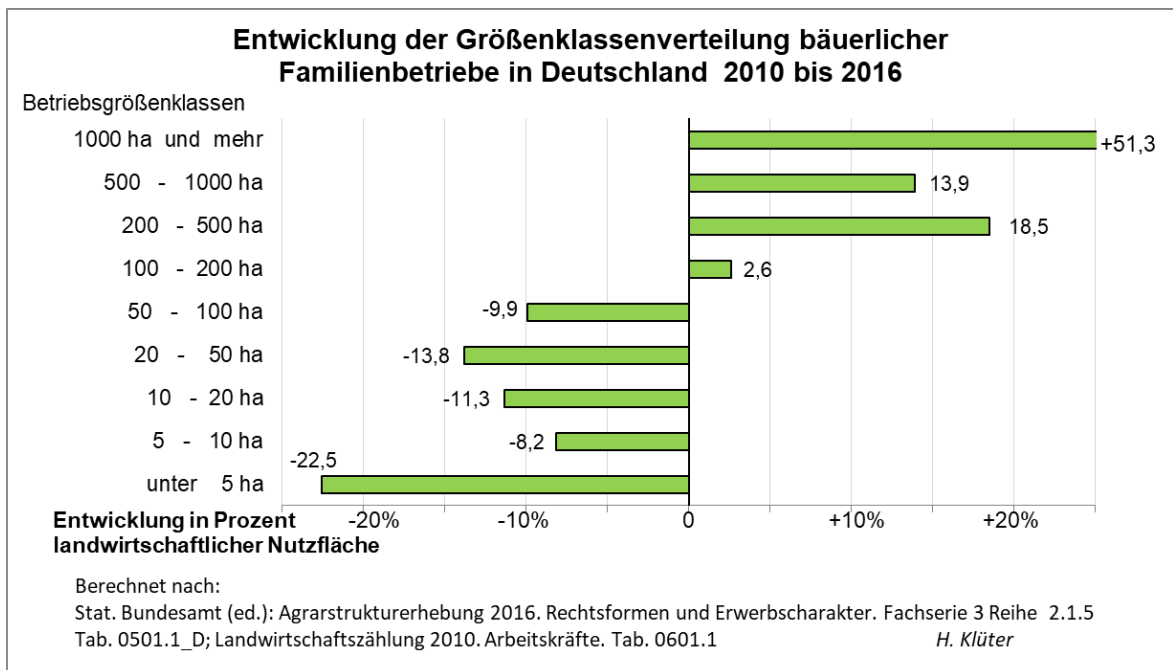


Abb. 17:



Die bevorzugte Förderung von Großbetrieben schlägt sich auch auf die Entwicklung der bäuerlichen Familienbetriebe nieder. Die Flächen von Betrieben mit weniger als 5 ha sind um mehr als ein Fünftel zurückgegangen. Auch die Betriebe zwischen 5 und 100 ha haben Flächen verloren. Gewachsen sind demgegenüber die Flächen der

Betriebe mit mehr als 200 ha (vgl. Abb. 17). 2010 gab es 5.128 Betriebe dieser Größenordnung. 2016 waren es bereits 6.040, also um ein Fünftel mehr.

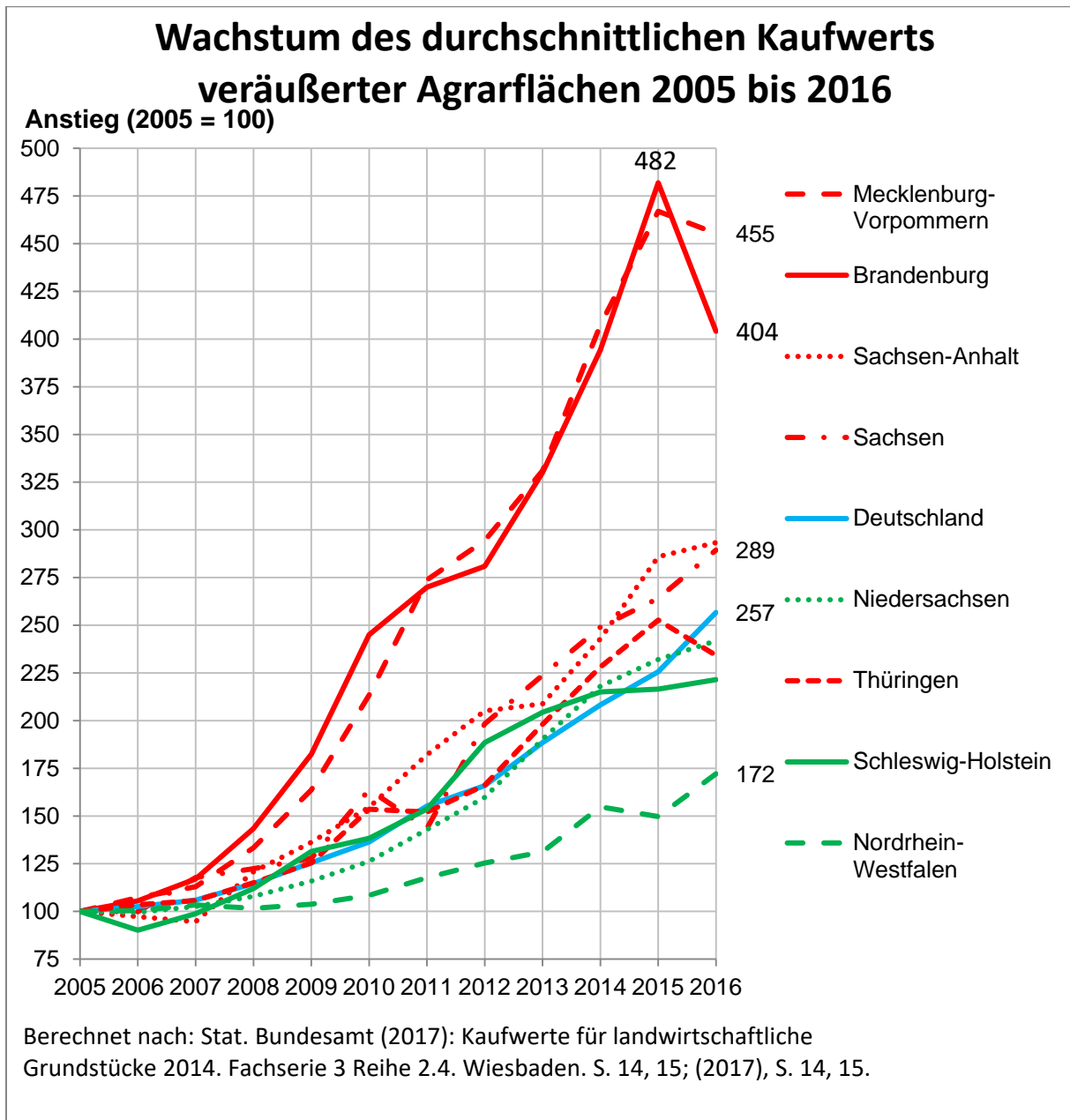
Nach der Definition von Eurostat handelt es sich bei diesen Dimensionen nicht mehr um Familienbetriebe, da sie mehr Lohnarbeiter als Familienmitglieder beschäftigen. Das Wachstum der Lohnarbeit betrifft nicht nur Großbetriebe. Insgesamt beschäftigten die Familienbetriebe 2016 neben 449.100 Familienarbeitskräften 61.300 Lohn- und 184.800 Saisonarbeitskräfte. **Das vom deutschen Bauernverband lange Zeit propagierte „Wachsen oder Weichen“ wird in Deutschland größtenteils mit EU-Geldern finanziert.**

Wie nutzen die Großbetriebe die überdimensionalen Subventionen? Ein Teil der Förderung wird ins **Preis-Dumping** umgelegt, wodurch kleinere und mittlere Produzenten aus dem Markt gedrängt werden: Von 2000 bis 2016 sank der landwirtschaftliche Bruttoproduktionsanteil an der gesamten deutschen Volkswirtschaft trotz in etwa gleich bleibender oder etwas höherer Produktionszahlen von 1,1 auf 0,6%. Das indiziert einen relativen Wertverlust der Produktion (Preis-Dumping) von über 40% in nur 16 Jahren. In Ostdeutschland sank der Anteil im selben Zeitraum von 1,6 auf 0,8%. Das bedeutet einen relativen Wertverlust von 50%. Der dahinter stehende **Preisverfall wird von der hochsubventionierten Agrarindustrie verkraftet**. Für viele kleine und mittlere Betriebe ist er ruinös.

Außerdem werden nicht zuletzt mit Hilfe der Fördergelder **aufwendige Verbandsstrukturen finanziert**. Bedenkt man, dass die Landwirtschaft mit 1,5% Anteil an der Wertschöpfung und 4,3% an der Erwerbstätigkeit zu den schwächsten Wirtschaftszweigen zählt, unterhält sie dennoch in den Hauptstädten der EU-Mitgliedsstaaten und in Brüssel einige der größten Lobby-Apparate.

Ein weiterer Teil der **EU-Gelder** wird von den Großbetrieben **zum Flächenerwerb** genutzt, um auf diese Weise noch mehr Direktzahlungen zu erhalten. Nicht zuletzt deswegen ergab sich nach 2005 in **Ostdeutschland eine Bodenspekulation**, die in der jüngeren deutschen Geschichte einmalig ist. Innerhalb von nur einem Jahrzehnt stiegen die Agrarflächenpreise in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg um mehr als das vierfache (vgl. Abb. 18). Da ein solcher Preisanstieg weit über der regionalen Produktivitätsverbesserung liegt, wurde schnell klar, dass rein agrarwirtschaftlich orientierte Betriebe hier über den überhöhten Kaufpreis ausgeschlossen wurden. Anders ausgedrückt: Kleinere und mittlere bäuerliche Familienbetriebe müssen ohnmächtig mit ansehen, wie ihre Pachtflächen **an Konsortien veräußert werden, die über außerregionale oder über außerlandwirtschaftliche Finanzquellen verfügen**. Nach dem Verkauf der Flächen werden die Pachten derart erhöht, dass ein normaler landwirtschaftlicher Betrieb sie mit Arbeits- und Ernteerträgen nicht mehr bezahlen kann. Der Konzern oder das Konsortium ist auf die Pacht nicht direkt angewiesen, weil der Flächenkauf u.a. dazu dient, den Börsenwert des Konzerns zu erhöhen, wobei das Immobilienvermögen als Sicherheit oder Geldanlage fungiert.

Abb. 18:



Im Jahr 2016 gab es in Nordostdeutschland einen Einbruch, weil das **größte Konsortium dieser Art, die KTG-Agrar SE insolvent wurde**. KTG bewirtschaftete 2013 etwa 32.000 ha Agrarflächen in Ostdeutschland und erhielt dafür pro Jahr allein an Direktzahlungen etwa 10 Millionen € aus EU-Geldern. Die angehäuften Agrarflächen kamen nach dem Zusammenbruch jedoch nicht zum Verkauf. Die Teilunternehmen von KTG wurden von anderen Konsortien erworben. Damit gingen die Grundstücke dieser Teilunternehmen an die neuen Besitzer über, ohne dass ein meldepflichtiger Agrarflächenkauf vollzogen wurde. Ein großer Teil der ehemaligen KTG-Flächen befindet sich heute unter dem Dach der Zech Group, einer Holding, die aus einem Bremer Baukonzern hervorgegangen ist. Die Praxis, Agrarflächen über den Erwerb

von Unternehmensanteilen („Share deals“) in die Hände zu bekommen, verbreitet sich in Ostdeutschland schnell:

„In den Jahren mit relativ wenigen Übernahmen landwirtschaftlicher Unternehmen durch neue Mehrheitseigentümer (2009 und 2015) belief sich die mit den Share Deals übertragene Eigentumsfläche auf lediglich 8 % der im gleichen Jahr gehandelten Landwirtschaftsfläche. Andererseits wurden im Jahr 2011 schon einmal 24 % der statistisch erfassten Flächenkäufe als Eigentumsfläche in Share Deals übertragen. Die Relation im Jahr 2016 übertrifft aber alle bisherigen Werte weit. Während die Verkaufsaktivitäten auf dem Bodenmarkt auf weniger als 12.000 ha zurückgingen, war der mit Anteilsverkäufen landwirtschaftlicher Unternehmen verbundene Flächenumfang mit 6.100 ha sehr hoch. Damit entspricht die im Jahr 2016 mit Share Deals übertragene Eigentumsfläche einem Anteil von 51 % der auf dem Bodenmarkt gehandelten Landwirtschaftsfläche.“ (Tietz 2017, S. 47, 48)

„Die Folge ist, dass das Grundstückverkehrsgesetz in Ostdeutschland faktisch immer weiter an Effektivität verliert: Auf der einen Seite wird der Kauf landwirtschaftlicher Fläche von relativ bescheidenen Ausmaßen (je nach Landesregelung 2 ha oder weniger) einem Prüf- und Genehmigungsverfahren unterzogen, das hohen Verwaltungsaufwand und in vielen Fällen Rechtsstreitigkeiten nach sich zieht. Auf der anderen Seite können via Share Deal Eigentumsflächen in häufig hoher dreistelliger Hektarzahl den Eigentümer wechseln, ohne dass dies einer Fachbehörde überhaupt zur Kenntnis gegeben werden muss.“

(Tietz 2017, S. 50)

Auf diese Weise werden **immer mehr Flächen der nachfragegerecht produzierenden Qualitätslandwirtschaft entzogen** und für agrarindustrielle Massen- und Überproduktion verwendet.

Der hier aufgezeigte Missbrauch von EU-Geldern kann nur verhindert werden, wenn die für die Landwirtschaft bestimmten Fördermittel ausschließlich an aktive Landwirte als natürliche Personen vergeben werden, die ihr Eigentum ortsansässig bearbeiten, und die keine agrarindustriellen Aktivitäten aufweisen. Zu diesem Zweck müsste die EU ein europaweites Monitoring über agrarindustrielle Strukturen aufbauen.

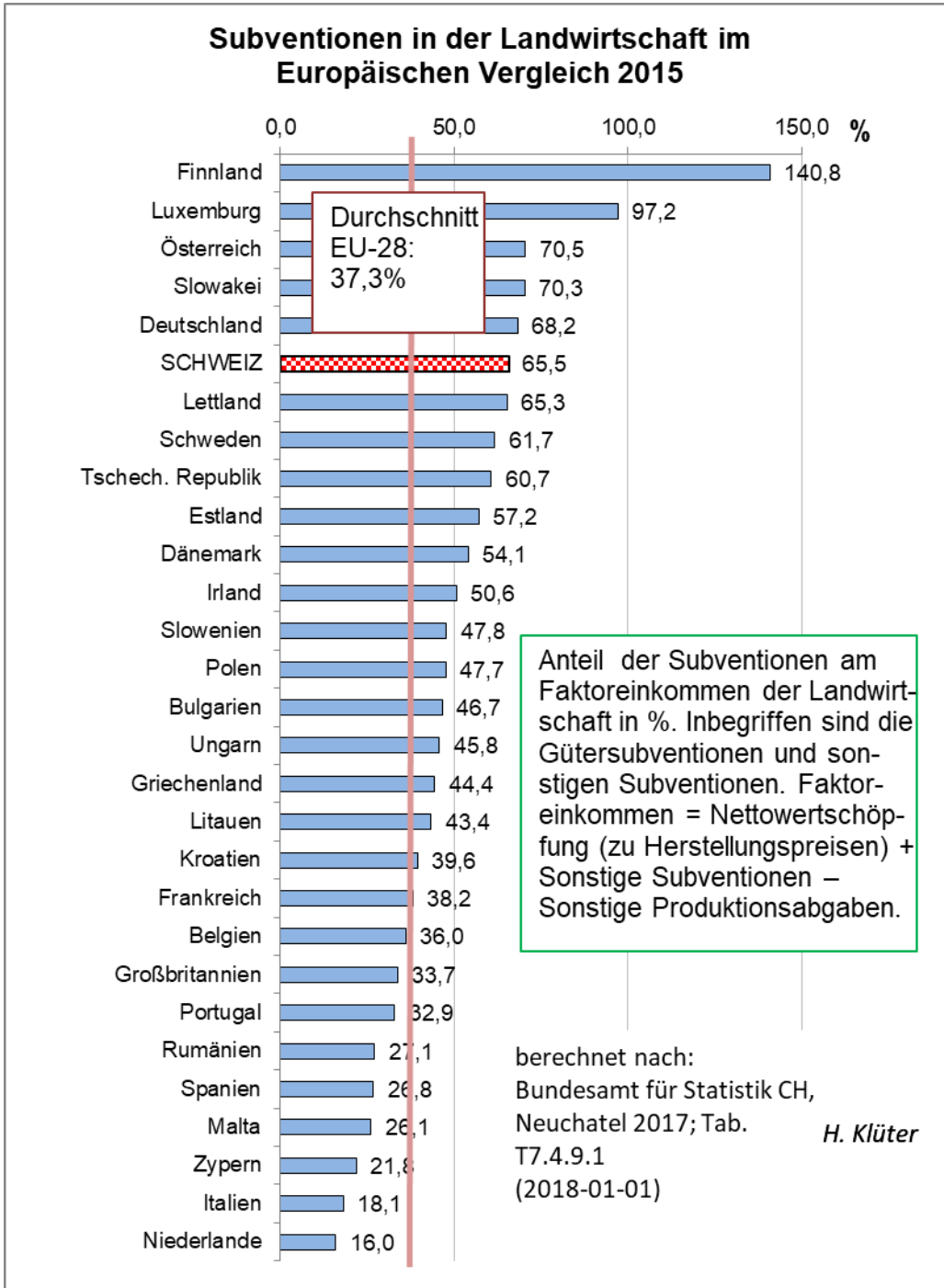
Es stellt sich die Frage, inwieweit andere Staaten von den am Beispiel Ostdeutschlands dargestellten Prozessen bedroht sind. Zwei Sachverhalte müssen dabei berücksichtigt werden.

1. Großbetriebe, die aufgrund ihrer Dimension für große Konsortien und landwirtschaftsexterne Anleger interessant sind, gibt es außer in Ostdeutschland in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, in Ungarn, Rumänien, Großbritannien und Bulgarien.

2. Die EU-Gelder werden in den meisten Mitgliedstaaten durch weitere Subventionen ergänzt. In Deutschland sind dies beispielsweise die Agrardieselerstattung und Ausgleichszahlungen für besondere Nachteile im Gebirge oder für andere extern bedingte Faktoren. Daraus ergeben sich völlig unterschiedliche Subventionsgesamterwar-

tungen. Sie waren 2015 in Finnland mit 140,8% der Nettowertschöpfung am höchsten und in den Niederlanden mit 16% der Nettowertschöpfung am niedrigsten (vgl. Abb. 19). Das bedeutet nicht automatisch, dass in den Niederlanden die Subventionen extrem niedrig wären.

Abb. 19:



Nicht zuletzt aufgrund der hohen Flächenproduktivität (vgl. Abb. 3) ist dort die Nettowertschöpfung sehr hoch, so dass die Subventionen nur einen relativ kleinen Teil bilden.

Der EU-Durchschnitt lag bei 37,8%, wurde aber in Österreich und der Slowakei um fast das Doppelte übertroffen. Deutschland, Lettland, Schweden und Tschechische Republik weisen Werte über 60% auf. In diesen Ländern übersteigen vor allem in Großbetrieben die Subventions- die eigentlichen landwirtschaftlichen Rendite-Erwartungen. Natürlich gibt es in diesen Ländern Höfe, die subventionsneutral in der Lage wären, gesunde Erträge zu erbringen. Allerdings wird das tendenziell vor dem Hintergrund des systematischen Preisverfalls schwieriger, den die Großbetriebe mit ihrer Massenproduktion europaweit bewirken. Selbst gutes Öko-Fleisch darf sich nur in einem gewissen Rahmen vom mittleren Fleischpreis entfernen, wenn es erfolgreich vermarktet werden soll. Insofern sind auch landwirtschaftliche Qualitätsprodukte durch nicht mehr kostendeckende Preisentwicklungen bedroht. Dieser Trend wird dadurch verstärkt, dass sich im Öko-Bereich Großhandelsstrukturen bilden, die – ähnlich wie in der konventionellen Landwirtschaft – Großproduzenten bevorzugen.

Eine besondere Position nimmt in Abb. 19 die Schweiz ein. Sie ist der einzige Staat im mittleren Europa, der unabhängig von EU-Zahlungen seine Landwirtschaft quasi „aus einem Guss“ steuert. Europäische Direktzahlungen und nationale Ausgleichzahlungen, die in den Mitgliedsländern der EU mehr oder weniger getrennt verteilt werden, können in der Schweiz aus einer Hand gemanagt werden. Der Subventionsanteil in dem für die Landwirtschaft schwierigen Alpenland liegt mit 65,5% unter dem des benachbarten Österreich mit 70,5%. Allerdings ist die Flächenproduktivität mit 3.519 €/ha dreimal höher als in Österreich (998 €/ha) ausfällt. Allein mit dem hohen Wechselkurs des Schweizer Frankens lässt dieser Unterschied sich nicht erklären. Auf die besondere Förderpolitik der Schweiz wird in Abschnitt 8 eingegangen.

7. Überlebensstrategien landwirtschaftlicher Betriebe – zwei Beispiele

7.1 Der Berghof, Martell (Italien)

Der Berghof liegt im Martelltal, das zu Südtirol (Provinz Bozen) in Norditalien gehört. Es ist ein südliches Nebental des Vinschgaus, das bis auf den Talzugang von den über 3.000 m hohen Bergen der Ortler-Gruppe eingeschlossen ist. Das Tal ist etwa 25 km lang. Der tiefste Punkt der Gemeinde liegt auf 957 m, der höchste auf 3.757 m über N.N. Von den 143,82 km² Gemeindefläche werden nur 2.800 ha, also 19%, landwirtschaftlich genutzt, und zwar überwiegend als Wiesen, Weiden und Almen, die auf Steilhängen liegen. 3.400 ha sind mit Wald bedeckt. Die 869 Einwohner (2015) leben in 3 Ortsteilen und einigen Streusiedlungen. Der höchst gelegene dauerhaft besiedelte Hof ist die Stallwies auf 1.950 m Höhe über N.N. Das gesamte Gemeindegebiet gehört seit 1935 zum Nationalpark Stilfserjoch. Im Martelltal gibt es weder Personenseilbahnen noch Skilifte. Es gehört damit zu den wenigen Alpentälern, in denen Hänge, Wälder und Bergbäche in ihren ursprünglichen Formen erhal-

ten sind. Das größte Bauwerk ist die 83 m hohe Staumauer des 70 ha großen Zufritt-Sees, die 1950 bis 1957 errichtet wurde.

Nach der Volkszählung 2011 arbeiteten von 439 Erwerbstätigen 104, also 23,7% in der Landwirtschaft. 139 waren in Handwerk und Industrie, 196 im Dienstleistungsbereich tätig.

Abb. 20: Der Berghof am Marteller Sonnenberg (Foto: H. Klüter)



Der Berghof liegt in 1.500 m Höhe auf einem nach Südosten gerichteten Steilhang am Marteller Sonnenberg. Er gehört damit zu den Höfen, denen Aldo Gorfer in seinem Buch „Die Erben der Einsamkeit“ 1973 nur wenige Überlebenschancen einräumte. Der Hof verfügt über 5 ha Wiesen und Weiden, sowie über 2,5 ha Wald. Auf dem Hof leben drei Familien: der 58-jährige Altbauer mit seiner Frau, ihre beiden erwachsenen Söhne samt Ehefrauen und je zwei Kindern – also insgesamt 10 Personen.

Bis 1987 wurde der Hof im Vollerwerb geführt. Zu jenem Zeitpunkt hatte der Hof bereits zwei grundlegende Wandlungen erfahren.

1. Bis zum 2. Weltkrieg waren die nur über Maultierpfade oder Fußsteige erreichbaren Höfe im Martelltal weitgehend Selbstversorger. Sie befassten sich sowohl mit Pflanzenbau als auch mit Viehzucht. Die abgelegenen Höfe backten ihr eigenes Brot.

Nur Zucker und Salz wurden zugekauft. In den 30-er Jahren wurde eine Straße in den Vinschgau gebaut, die allerdings nur die Höfe am Talboden erschloss. Der Anbau von Getreide ging zurück, weil Mehl billiger eingeführt werden konnte. Seit den 50-er Jahren wurden die Höfe nach und nach an das Stromnetz angeschlossen, der Berghof 1964.

2. 1962 erhielten auch die Höfe am Sonnenberg Straßenanschluss. Baumaterial konnte nun nach oben gebracht und die Höfe modernisiert werden. Die ersten Landmaschinen wurden angeschafft, denn auch Treibstoff und Ersatzteile konnten billig transportiert werden. 1984 wurde der Ackerbau aufgegeben. Schwerpunkt der Erzeugung wurden die Vieh- und Weidewirtschaft. Ein neuer großer Stall mit Scheune wurde gebaut. Der Sohn des damaligen Bauern und seit 1987 der Besitzer des Hofes lernte den Zimmermannsberuf, so dass der Hof nicht mehr ausschließlich von landwirtschaftlichen Einkünften lebt. Seine Frau unterstützt das Hofeinkommen mit ihrer Arbeit als Krankenschwester.

3. Bereits in den 70-er Jahren hatten sich einige Höfe im Talgrund auf den Anbau von Erdbeeren spezialisiert. Das Martelltal erwies sich als klimatische Gunstregion für den Erdbeeranbau. Der Berghof engagierte sich ebenfalls. Die umfangreiche Erntearbeit konnte nun nicht mehr mit eigenen Arbeitskräften bewältigt werden. Saisonarbeiter aus Polen, später auch aus Rumänien und anderen Ländern wurden angestellt.

Abb. 21: Blick aus dem Fenster des Berghofes auf das Martelltal



4. Aufgrund der Baufälligkeit des alten Wohnhauses wurde nach 2000 **ein neues, von den Stallungen abgetrenntes Wohnhaus** geplant. Im Gegensatz zum Altbau wurde es mit drei Ferienwohnungen ausgestattet. In den 50-er Jahren war das abgeschiedene Martell-Tal vom **Tourismus** entdeckt worden. 1990 wurden 36.759, 2015 bereits 61.919 Übernachtungen gezählt. Eine Besonderheit des Tourismus im Martelltal besteht darin, dass es kein großes Hotel gibt und von den 37 Beherbergungsanbietern 21 nicht-gewerblich sind. Sie werden u.a. als „Ferien auf dem Bauernhof“ vermarktet. 2007 wurde das neue Haus auf dem Berghof fertiggestellt. Die Ferienwohnungen sind vom Frühsommer bis in den Herbst belegt. Somit trägt der Tourismus als **Einkommenskombination** zu den Einkünften des Hofes bei.

5. Mittlerweile sind die beiden Söhne des Altbauern erwachsen geworden, haben geheiratet und inzwischen je zwei Kinder. Ein Sohn arbeitet in der Holzverarbeitung, der zweite im Forstamt. Beide müssen wie der Vater und die Mutter zur Ausübung ihres Berufes hinunter in den Vinschgau pendeln. Dort erfuhren sie, was Massentourismus, verstopfte Straßen, sommerliche Schwüle bedeuten. Entsprechend **hoch wurde und wird der Wohnwert des Berghofes** eingeschätzt, der nicht zuletzt den Kindern eine großartige Umgebung bietet. Beide Söhne wollen mit ihren Familien auf dem Berghof bleiben. Im Gegensatz zu vielen anderen Bauernhöfen gibt es dort also kein Hofnachfolgeproblem, sondern ein Unterbringungsproblem. Es wurde dadurch gelöst, dass man den nicht mehr bewohnbaren Altbau abriß und in einiger Entfernung einen Neubau errichtet, der 2018 fertig gestellt wurde.

Damit ist die Existenz des Hofes auch in der nächsten Generation gesichert – und das auf einem Bauernhof in 1.500 m Höhe! Zur Zeit spielt die Landwirtschaft im Einkommen der drei Familien eine untergeordnete Rolle. Alle Erwachsenen haben einen zusätzlichen Beruf, den sie bis auf das Altbauernpaar in Vollzeit ausüben. Mit dem Eindringen neuer Schädlinge und Krankheiten ist der Anbau von Beerenobst derzeit nicht gewinnbringend. Zwar sind für Südtirol im Förderzeitraum 2014 bis 2020 100 Millionen € für Agrarumweltmaßnahmen und 117 Millionen € als Ausgleichszulage vorgesehen, doch wird die Förderung nicht bedarfsgerecht verteilt. Den Betrieben im Hochgebirge wird der zusätzliche Arbeitsaufwand im Vergleich zu denen in Tallagen nur unzureichend erstattet. Besonders die Ausgleichszulage müsste stärker nach Höhe und Reliefenergie differenziert werden. Die Milchviehzucht leidet unter den Dumpingpreisen, die von der Überproduktion in Großbetrieben, vor allem in Deutschland, verursacht werden. Es sei absurd, wenn innerhalb des gemeinsamen europäischen Marktes hocheffektive Tiroler Kleinbetriebe, die unter schwersten Geländebedingungen arbeiten, mit nur 2.000 € pro Jahr unterstützt werden, während oft unproduktive Betriebe mit 3.000 ha in der Ebene - wie in Mecklenburg-Vorpommern - mit über 1 Million € Subventionen pro Jahr künstlich am Leben gehalten werden. Große Betriebe mit mehr als 100 ha dürften überhaupt nicht subventioniert werden, sagt der Altbauer. Nicht zuletzt wegen des Preisverfalls beschränken sich die landwirtschaftlichen Aktivitäten des Berghofes derzeit auf die Haltung von zwei Kälbern, zwei Ponys und Hühnern. Daneben werden die Wiesen regelmäßig gemäht und Heu gemacht. Sollten sich die Zeiten oder Fördermodalitäten ändern, könnten bis zu 10 Rindern gehalten werden. Auch der Beerenanbau könne nach einer Ruheperiode wieder auf-

genommen werden, meint der Altbauer. Die Zukunft des Hofes liegt darin, möglichst früh und flexibel auf die besonderen Wünsche der Nachfrage einzugehen, die Nachteile der Lage am Berg intelligent zu kompensieren und die nachfolgende Generation für das Leben auf dem Hof zu begeistern. Das ist im Falle des Berghofes gelungen.

7.2 Usedom Agrar GmbH & Co. KG (Deutschland)

Die Usedom Agrar GmbH ist mit 38 Beschäftigten der **größte Arbeitgeber der Stadt Usedom**. Die Kleinstadt liegt im Süden der gleichnamigen Ostsee-Insel. Die Insel ist zwischen Polen und Deutschland geteilt. Im polnischen Teil wohnen 39.000, im deutschen 29.500 Menschen mit Erstwohnsitz. Der deutsche Teil ist 373 km² groß. Davon gehören nur 38,75 km² zur Stadt Usedom. Sie hat 1.785 Einwohner.

Abb. 23: Die Kleinstadt Usedom liegt malerisch am Usedomer See.



Usedom Agrar bewirtschaftet **1.540 ha**, von denen 596 ha Eigentum und 944 ha Pachtland sind. Usedom Agrar wird als **Mischbetrieb** geführt. Ackerbau und Viehzucht ergänzen sich. Von den 780 Rindern im Betrieb sind 350 Milchkühe, 75 Mutterkühe und die übrigen Kälber bzw. Schlachtvieh. Für das Vieh stehen 320 ha Grünland zur Verfügung. Je nach Bedarf werden auch Ackerfrüchte verfüttert, so dass der Betrieb sein Vieh in der Regel selbst versorgen kann. Andererseits bilden Mist und Gülle aus der Viehzucht Wirtschaftsdünger für die Ackerflächen. Neben Getreide und Mais werden auch Zuckerrüben und andere Früchte angebaut.

Abb. 24: Viel mehr Understatement geht nicht: Die Verwaltung der Usedom Agrar GmbH residiert in einem unscheinbaren Gebäude in der Kurve einer Allee.



Der Betrieb unterhält einen Landhandel, in dem seine Erzeugnisse an die lokale Bevölkerung, vor allem aber an andere landwirtschaftlichen Betriebe verkauft werden.

Geschäftsführer Jörg Espig betont, dass er die Mischbetriebsstruktur aufrecht erhalten möchte. Auf diese Weise könne der Betrieb produktspezifische Absatzprobleme wie etwa die Milchkrise 2014 bis 2016 besser abfedern. Mit 2,5 Arbeitskräften je 100 ha LNF liegt der Betrieb fast doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt von Mecklenburg-Vorpommern.

Jörg Espig stammt aus Berlin. Nach der Arbeit in einem städtischen Garten- und Landschaftsbaubetrieb zog aus familiären Gründen nach Mecklenburg-Vorpommern und nahm an der Hochschule Neubrandenburg ein Agrarwirtschaftsstudium auf, das er 2012 erfolgreich abschloss. Damit qualifizierte er sich für die Arbeit bei Usedom Agrar und stieg dort 2014 zum Geschäftsführer auf. Er ist mit seiner Arbeit als „Landwirt in erster Generation“ sehr zufrieden und möchte nicht in die Großstadt zurückkehren.

Von den **38 Beschäftigten** sind, abgesehen von den 2 Lehrlingen, fast alle Gesellschafter der Kommanditgesellschaft. Zu DDR-Zeiten – vor 1990 – war der Betrieb in Pflanzen- und Tierproduktion gespalten. Nach der Wiedervereinigung wurden beide

Teile zusammengelegt. Die damalige LPG (= landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) wurde in die Kommanditgesellschaft mit anfangs 495 Gesellschaftern umgewandelt. Viele davon sind ausgeschieden oder haben für ihre Anteile keine Nachfolger gefunden. Heute gibt es noch **68 Gesellschafter**, von denen etwa die Hälfte im Betrieb arbeitet, und zwar als Ganzjahreskräfte. Einige davon haben eigene kleine Höfe, die als Nebenerwerbslandwirtschaft geführt werden. Früher wurden die meisten Arbeitskräfte im Herbst entlassen und im Frühjahr wieder eingestellt. Jörg Espig hat diese Praxis 2014 beendet. Die Arbeitskräfte bekommen ihr Geld auch im Winter. Mit dieser Maßnahme wurden nicht die Arbeitskräfte sozial gesichert, sondern auch die Fluktuation verringert. Einzelhöfen oder Familienbetrieben gegenüber hat die Kommanditgesellschaft den Vorteil,

- dass sie sich einen modernen Maschinenpark leisten kann,
- dass das unternehmerische Risiko – einschließlich von Wetter- und Konjunkturrisiken - gebündelt wird,
- dass sie ein Kreditvolumen nutzen kann, das einem kleinen oder mittleren Familienbetrieb wohl nie gewährt würde,
- und dass sie für andere Unternehmen in der Region ein bedeutender, geschätzter Wirtschaftspartner ist.

Der Betrieb versucht, die **negativen Einflüsse der Landwirtschaft auf die Umwelt so gering wie möglich zu halten**. Zwar werden Pflanzenschutzmittel eingesetzt, doch werden die Imker in der Region des betroffenen Feldes oder Schlags rechtzeitig über den Zeitpunkt informiert, so dass sie ihre Bienenvölker an jenen Tage nicht fliegen lassen. Gülle und Mist werden nicht im Herbst oder Winter, sondern im Frühjahr ausgebracht. Damit wird gewährleistet, dass der Stickstoff nicht ins Grundwasser absinkt oder in den Vorfluter gespült wird, sondern von den Pflanzen zu Beginn ihrer Vegetationsperiode aufgenommen wird.

Bei der Erhaltung des Landwegenetzes und beim Schneeräumen hilft der Betrieb der Stadt. Seiner besonderen Verantwortung als größter Arbeitgeber der Stadt ist sich Herr Espig bewusst. Er meint, für die Stadt und ihr Image wäre es allerdings besser, wenn diese Rolle ein Industriebetrieb oder ein Dienstleister übernehmen würde.

Wie schützt der Betrieb sich vor **feindlichen Übernahmen**? Laut Gesellschaftsvertrag benötigen die Teilhaber die Zustimmung der Gesellschafterversammlung, wenn sie Anteile veräußern wollen. Damit erhalten Versammlung und Geschäftsführer Kenntnis davon, wenn Immobilienaufkäufer aktiv werden. Eine ähnliche Regelung gilt für den Erbfall. Ohne Zustimmung der Versammlung können praktisch keine Anteile vererbt werden. Auf diese Weise ist es bisher gelungen, die Anteile in der Region zu halten, zumeist bei denen, die entweder im Betrieb selbst arbeiten oder anderweitig in der Region landwirtschaftlich aktiv sind.

Abb. 25: Der Landhandel der Usedom Agrar GmbH ist in einer alten Fahrzeughalle untergebracht.



Eine weitere Möglichkeit, den Betrieb zu „erobern“ besteht darin, die Stelle des Geschäftsführers, die alle 5 Jahre zur Disposition steht, mit einem Strohmann zu besetzen, der dann den Betrieb oder Teile davon einem externen Investor in die Hände spielt. Angesichts der fortschreitenden Bodenspekulation, vor allem auf der touristisch attraktiven Insel Usedom mit dem längsten Sandstrand Deutschlands, muss man auf Angriffe von außen gefasst sein. Jörg Espig hofft, dass sein Vertrag über das Jahr 2019 hinaus verlängert wird. Er möchte das landwirtschaftliche Profil erhalten und den Betrieb **durch weitere Spezialkulturen diversifizieren**. Man könnte Flachs, Dinkel oder Buchweizen anbauen. Auch ein Einstieg in den Spargelanbau wäre eine Option, zumal die Nachfrage der Gastronomie auf der Tourismusinsel Usedom beträchtlich ist.

Allerdings würde dies bedeuten, mehr Arbeitskräfte einzustellen. Jörg Espig wirbt offensiv an drei Schulen in der Region. Doch angesichts der Facharbeiterknappheit wird es immer schwieriger, geeignete Kräfte zu finden. Derzeit arbeiten im Betrieb zwei Lehrlinge. Eigentlich benötigt man mindestens zwei weitere. Das Durchschnittsalter des jetzigen Teams liegt bei über 50 Jahren. Die Zeit, guten Nachwuchs zu finden, drängt.

7.3. Das regionale Umfeld der beiden Betriebe: Landwirtschaft in Südtirol und in Nordost-Deutschland

Will man die Unterschiede zwischen den beiden Hofporträts einordnen, muss man auf das regionale Umfeld eingehen.

Tabelle 2: Daten zur Landwirtschaft in Südtirol, Mecklenburg-Vorpommern

	<i>Südtirol</i>	<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	<i>Brandenburg</i>
Bevölkerung 2015	520.891	1.612.362	2.484.826
Fläche (km ²)	7400,43	23.213,74	29.654,36
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2015	41.141	25.025	26.848

LANDWIRTSCHAFT

Landwirtschaftliche Nutzfläche	240.535*	1.348.900	1.317.900
Anzahl der Betriebe	20.055*	4.920	5.410
LNF je Betrieb in ha	11,99*	274,0	234,4
Arbeitskräfte-Einheiten	21.700	16.400	22.300
Familienarbeitskräfte	54.172*	4.400	5.500
Bruttowertschöpfung 2014 (Millionen €)	887,6	1.086,4	959,3

Rinder je Rinderhaltung	16	270	224
Schweine je Schweinehaltung	17	2.155	1.548
Geflügel je Geflügelhaltung	322	15.283	10.503

Bruttoanlageinvestitionen 2013 (Millionen €)	465,9	477,6	443,5
Bruttoanlageinvestitionen 2013 je ha LNF	1.937	354	337
Flächenproduktivität 2014 (€/ha)	3.848	805	728

* Angaben nach Landwirtschaftszählung 2010

Berechnet nach: Autonome Provinz Bozen 2017, www.vgrdl.de, Stat. Bundesamt 2017, Agrarstrukturerhebung 2016. Bände Arbeitskräfte und Viehhaltung.

Auf regionaler Ebene sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Landwirtschaftssystemen noch drastischer als auf nationaler. Südtirol gehört nach dem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu den reichsten Regionen Italiens, die nordostdeutschen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zu den ärmsten Regionen in Deutschland. Die landwirtschaftliche Nutzfläche Südtirols ist durch hohe Gebirge zerschnitten und umfasst nur ein Sechstel von dem, was in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern an Nutzfläche zur Verfügung steht. Trotz dieser Nachteile ist die landwirtschaftliche **Bruttowertschöpfung nur wenig niedriger als in Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg**. Die Zahl der Betriebe in Südtirol ist jedoch viermal so hoch. Die Südtiroler Landwirtschaft besteht fast ausschließlich aus kleinen und mittleren Bauernhöfen, deren Durchschnittsgröße bei 12 ha liegt.

In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sind die Betriebe durchschnittlich zwanzigmal größer. Ähnlich drastisch sind die Unterschiede in der Viehhaltung. Dafür **hat Südtirol etwa zehnmal mehr Familienarbeitskräfte** und kann daher zur Frühjahrsbestellung und zur Erntezeit auf Reserven zurückgreifen, die in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg längst wegrationalisiert wurden. Daher kann die Tiroler Landwirtschaft arbeitsintensive und hochpreisige Marktsegmente wie Obstbau, Weinbau und hochwertige Fleischproduktion bedienen. In den Tallagen gibt es 18.000 ha Apfelanbauflächen, die zwar auf etwa 8.000 Höfe aufgeteilt, die jedoch aufgrund von harten Liefer- und Anbauverträgen agrarindustriell produzieren. 2016 wurden über 1 Million Tonnen Äpfel erzeugt, von denen 59% exportiert wurden. Nur 50.800 t davon waren Bioäpfel. Das entsprach allerdings einem Drittel der in der europäischen Union erzeugten Bioapfelmenge.

Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gehörten bis 1990 zu den größten Obst- und Gemüseproduzenten der damaligen DDR. Nach der Wiedervereinigung wurden die Garten- und Gewächshausanlagen größtenteils von Investoren mit Verbindungen in die Niederlande oder nach Nordwestdeutschland aufgekauft und zerstört, um die Produktion in ihren Herkunftsregionen vor ostdeutscher Konkurrenz zu schützen. Heute erzeugen beide Bundesländer fast nur noch billige Massenprodukte, wie Getreide, Raps und Mais. Seit vier Jahren schrumpft die Bruttowertschöpfung. Die Flächenproduktivität liegt mittlerweile unter dem Niveau von 1989 in der damaligen DDR. Sie ist viermal niedriger als im gebirgigen Südtirol. Im Umland von Berlin, das zum Land Brandenburg gehört, wird versucht, erneut eine Gemüse- und Obstproduktion aufzubauen. Vor allem die Spargelerzeugung ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen.

Südtirol verfügt über eine klassische bäuerliche, Brandenburg und Mecklenburg dagegen über eine agrarindustriell dominierte Landwirtschaft. Trotz oder möglicherweise gerade wegen seines Reichtums investiert Südtirol sowohl arbeitskräftemäßig als auch finanziell **fünfmal mehr je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, als das in Nordostdeutschland** der Falle ist. Südtirol gehört zu den wenigen Regionen Europas, die eine **Bäuerinnenschule** organisiert hat. Sie befindet sich in der Fachschule Dietenheim bei Bruneck im Pustertal.

8. Konsequenzen und Empfehlungen

Zusammenfassend können Familienbetriebe und Agrarindustrie, wie in Tab. 3 veranschaulicht, gegenüber gestellt werden.

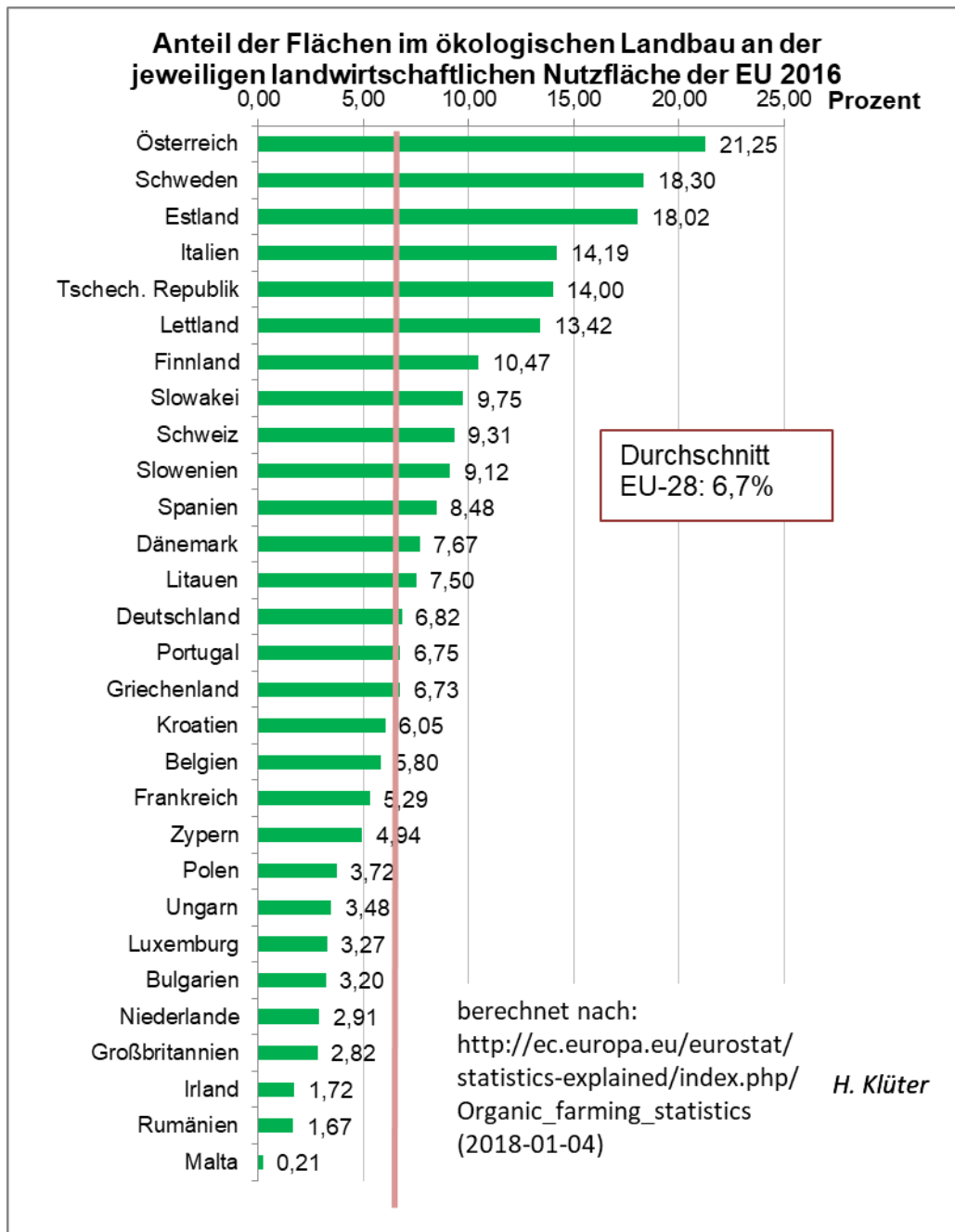
Das heutige Bild der bäuerlichen Familienbetriebe in Europa ist sehr vielfältig.

- In einigen Ländern Süd- und Osteuropas garantieren Klein- und Kleinstbetriebe das physische Überleben der Bevölkerung und die hinreichende Alterssicherung im ländlichen Raum. Die soziale Bedeutung dieser überwiegend auf Subsistenz ausgerichteten Höfe ist kaum zu überschätzen.

Tab. 3: Einige Unterschiede zwischen bäuerlichen Familienbetrieben und agrarindustriellen Strukturen

	<i>Bäuerlicher Familienbetrieb</i>	<i>Agrarindustrieller Betrieb</i>
Lebensform	Einheit von Wohn-, Arbeits-, Freizeit- und Versorgungsstätte für eine Familie	Wohn- und Arbeitsstätten getrennt; Wohnstätten der Betriebsangehörigen ebenfalls voneinander getrennt.
	Manche Bauernfamilien leben in Mehr- generationengemeinschaften	Leben überwiegend in Kleinfamilien; Mehrgenerationengemeinschaften sehr selten
Besitz	Bauernfamilie	mehrere Gesellschafter*innen, Aktionäre, Genossen oder andere juristischer Personen
Verfügungsrecht, Verantwortung	Hofinhaber*in ist ökonomisch, ökologisch und sozial allein verantwortlich.	Geteilte Verantwortlichkeit zwischen Filialleiter, Geschäftsführer, Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung und/oder anderen Besitzerstrukturen
Zeitlicher und örtlicher Führungshorizont	Hof wird in der Regel dauerhaft von einem ortsansässigen Berufslandwirt geführt. Hof und Nutzflächen sollen funktionsfähig an die nächste Generation weitergegeben werden.	Besitzer, Geschäftsführer und Gesellschafter wechseln je nach Vertrag. Verantwortliche sind häufig nicht ortsansässig und manchmal landwirtschaftsunkundig. Betriebe und Flächen werden oft nach kurz- und mittelfristigen Gewinnkalkülen erworben oder verkauft.
Finanzierung	Kreditzufluss und Gewinn im Rahmen landwirtschaftlicher Rendite-Erwartungen	Breite Nutzung auch nichtagrarischer Finanzquellen bei der Kapitalbeschaffung.
Arbeitskräfte	Überwiegend selbst- oder familienbestimmte Arbeit in einem selbständigen, überschaubaren Team vor Ort	Überwiegend fremdbestimmte, unselbständige Arbeit in einer nicht überschaubaren, oft anonymen Gruppe, die auf mehrere Standorte verteilt ist.
	Familienarbeitskräfte, oft ohne Vertrag und ohne geregelte Arbeitszeit	Lohnarbeitskräfte mit Arbeitsverträgen, geregelter Arbeitszeit und Sozialversicherung
	Nutznieser des Hofvermögens	In der Regel keine Beteiligung am Betriebsvermögen
Fluktuation	Gering; es macht keinen Sinn, die Ehefrau oder den Ehemann zu entlassen	Je nach Bezahlung und sozialen Faktoren mäßig bis stark; bei Saisonarbeit institutionalisiert
	Hoher Grad von Tacit Knowledge (Inter- nes Wissen, nicht in Wort oder Schrift ausgedrückt) in der Familie	Landwirtschaftliche Kenntnisse bei einigen Fachkräften vorhanden, die aber oft nur untergeordnete Positionen einnehmen.
	Arbeitsmaximierer: Da Familienarbeitskräfte nicht entlassen werden sollen, entwickelt der Betrieb arbeitsintensive Spezialisierungen, Einkommenskombinationen u.ä.	Arbeitsminimierer, da menschliche Arbeit für das Unternehmen meist den größten Kostenfaktor bildet. Betrieb entwickelt extensive Spezialisierungen mit wenig Arbeitseinsatz
Umweltschutz	Regelungen und Auflagen müssen von Landwirt*innen eingehalten werden.	Aufgrund der geteilten Verantwortlichkeiten können viele Regelungen und Auflagen zeitlich aufgeschoben oder vollständig umgangen werden. Starke, professionelle Rechtsabteilungen
	Nutzung kleiner Felder und Schläge, von denen einige bereits seit Generationen im Familienbesitz sind und entsprechend gepflegt werden.	Nutzung riesiger, von Hecken und Gebüsch ausgeräumter Schläge. Nach gravierenden Wasser- oder Winderosionsschäden werden die Flächen verkauft oder andere erworben
Bodenmarkt	Funktionsfähiger Bodenmarkt, der durch An- und Verkauf von agrarischen Flächen bestimmt wird. Der Preis orientiert sich in der Regel an landwirtschaftlicher Rentabilität	Ostdeutschland: Etwa ein bis zwei Drittel der Besitzerwechsel kommen nicht durch Flächenverkäufe, sondern durch die Veräußerung von Unternehmensanteilen oder Betriebsübernahmen zustande. Verdrängungswettbewerb bäuerlichen Betrieben gegenüber.
Landwirtschaftliche Erzeugung	Sehr breit gefächert, einschließlich des Hochpreissegments (Obst, Gemüse, Kartoffeln, Blumen, Weinbau).	Zumeist im Mittel- oder Niedrigpreissegment aktiv. Massenproduktion bevorzugt: Getreide, Mais, Raps, Großviehanlagen
	Stark an Nachfrage (auch an der des Endverbrauchers) orientiert, Nutzung von Direktvermarktung, Ökologisierung.	Einige Konsortien sind an Marktbeherrschung interessiert und gehen entsprechende Bündnisse mit Handel, Nahrungs- und Futtermittelindustrie ein. Ohne Rücksicht auf die Endnachfrage werden Qualitätsprodukte vom Markt verdrängt.
	Innovationsfreundlich	Da häufig mit wenigen, oft unterqualifizierten Arbeitskräften gewirtschaftet wird, erfolgt die Anpassung an die Nachfrage nur schleppend oder gar nicht.
	Hohe Flächenproduktivität	Niedrige Flächenproduktivität
Unternehmensziele	Gewinne durch landwirtschaftliche Tätigkeit, Weitergabe des Hofes, einschließlich seiner Flächen, an die nächste Generation	Gewinne durch landwirtschaftliche Tätigkeit, aber auch durch gezielte Verkäufe und Käufe (Bodenspekulation, Aktienspekulation), Maximierung von Direktzahlungen durch weiteren Flächenerwerb. Erwerb von Agrarunternehmen als Kapitalanlage

Abb. 27:



- **In den reicheren Regionen Europas bilden die bäuerlichen Familienbetriebe das Rückgrat der Landwirtschaft.** Auch in hoch industrialisierten Gebieten sind die bäuerlichen Familienbetriebe eine wichtige Vermögensgröße und tragen erheblich zur Stärkung der Mittelschichten in ländlichen Räumen bei.
- Die **starke Besitz- und Vermögensbindung der mittelgroßen bäuerlichen Betriebe** ist ein wichtiges Motiv für größere Bevölkerungsteile, nicht in die Städte abzuwandern. Das gilt nicht nur für die bäuerlichen Familien selbst,

sondern auch für den ländlichen Dienstleistungssektor, der von der Nachfrage der bäuerlichen Bevölkerung lebt.

- Die bäuerlichen Betriebe müssen den Preisdruck auf landwirtschaftliche Erzeugnisse kompensieren, den die Agrarindustrie nicht zuletzt mit Hilfe üppiger EU-Subventionen erzeugt.
- Eine besondere Strategie, dem agrarindustriellen Preisdruck zu entgehen, ist die **Produktinnovation**. Kleine und mittlere Betriebe können sich schneller auf neue Nachfragewünsche einstellen als Großbetriebe, für die eine Umstellung in der Regel mit enormen Investitionen verbunden ist.
- Die wichtigste Produktinnovation der letzten Jahrzehnte sind **Erzeugnisse der ökologisch angepassten Landwirtschaft**. 2016 wurde in den Staaten der EU 6,7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet. Dabei gibt es große regionale Unterschiede: In Österreich liegt ihr Anteil bei über 20%. In sechs weiteren Staaten – darunter Italien – werden über 10% erzielt. Staaten wie Frankreich, Polen, Ungarn, Bulgarien und die Niederlande liegen weit unter dem Durchschnitt (vgl. Abb. 27). Aus diesen Zahlen lassen sich keine Erkenntnisse über ökologische Viehzucht ableiten, so dass die Flächenangaben nicht die gesamte Stärke der ökologischen Landwirtschaft in den jenen Staaten widerspiegeln.
- Darüber hinaus profilieren sich bäuerliche **Familienbetriebe mit Einkommenskombinationen**: Mit Direktvermarktung kann man erreichen, dass die Handelsspannen des Groß- und Einzelhandels sowie die Ausgaben für Transport und Lagerung, die insgesamt 45% bis 80% des Endverkaufspreises ausmachen, in den Erzeugerbetrieb fließen. Mit den Einkünften von „Ferien auf dem Bauernhof“ und anderen Freizeit-Dienstleistungen wie Reiterhöfe u.ä. können saisonale Engpässe überwunden und Zusatzeinkommen erwirtschaftet werden. Für agrarindustrielle Strukturen bedeuten Einkommenskombinationen meist zusätzliche Belastungen. Sie kommen in Ostdeutschland selten vor.
- Einige reiche Familienbetriebe tendieren dazu, ihr Kapital in Personengesellschaften und juristische Personen zu investieren. Dies beflügelt häufig den **Wechsel dieser Betriebe in die Agrarindustrie**.
- Einige erwerben Unternehmensanteile an agrarindustriellen Unternehmen und gehören zu den Nutznießern neofeudaler Strukturen in Ostdeutschland und Osteuropa.
- Kleine und mittelgroße Familienbetriebe schließen nicht selten mit agrarindustriellen Strukturen Verträge, deren Erfüllung ihre unternehmerischen Spielräume extrem einengt. Andererseits wird auch das wirtschaftliche Risiko gemindert. Solche Betriebe werden praktisch zu Erfüllungsgehilfen oder Fließbandkomponenten der Agrarindustrie. Strukturen dieserart gibt es beispielsweise in der Schweinezucht des Oldenburger Münsterlandes oder in den Obstanbaugebieten Südtirols.

Auch die Kategorie der **Nebenerwerbsbetriebe** enthält positive und negative Aspekte:

- In einigen Regionen Ost- und Südeuropas überwiegt noch das klassische Bild des **Arbeiterbauern**, zunehmend ergänzt durch **Angestellte, die ebenfalls einen Hof betreiben**. Die Landwirtschaft dient als Ernährungs- und Erwerbsergänzung. Ökonomisch sind Nebenerwerbsbetriebe schwer fassbar, da der Betriebsinhaber in der Regel mit seinem nichtlandwirtschaftlichen Beruf in die Erwerbstätigenrechnung eingeht.
- Die verringerte ökonomische Abhängigkeit, aber auch die in der Person des Betriebsinhaber institutionalisierte Verbindung zu anderen Wirtschaftssektoren und Wissensbereichen münden häufig in eine erhöhte Innovationsbereitschaft und eine gewisse Experimentierfreudigkeit. Viele **landwirtschaftliche Erfindungen und Innovationen haben ihren Weg über Nebenerwerbsbetriebe in den Agrarsektor gefunden**.
- Der **Nebenerwerb bietet nach wie vor ein wichtiges Einstiegsfenster** in die Landwirtschaft. Vor allem Stadtflüchter, die zunächst nur bessere Wohnqualität im ländlichen Raum suchen, kombinieren ihr Wissen um städtische Nachfrage mit den Möglichkeiten eines eigenen Gartens oder einer eigenen kleinen Viehzucht, die – bei Erfolg – nach und nach zum Neben- und später vielleicht zum Haupterwerb ausgebaut werden.
- Der Nebenerwerb funktioniert auch als **Ausstiegsfenster oder als „Parkplatz“ für Haupterwerbsbetriebe**. Wenn die Arbeit auf dem Hof für die ältere Generation zu schwer wird, übernimmt man eine leichtere Arbeit außerhalb der Landwirtschaft, verpachtet einen Teil der Flächen und führt den Hof im Nebenerwerb. Wenn ein geeigneter Hofnachfolger in Sicht ist, überlässt man es ihm, das Ganze wieder zum Vollerwerb auszubauen.
- Eine besondere Form des Nebenerwerbs sind **Hobby- und Freizeitlandwirte**, die vor allem in Skandinavien, den Niederlanden und in Frankreich aktiv sind. Da sie meist gut mit Vermögen oder anderen Einkünften ausgestattet sind, ist der ökonomische Erfolg des landwirtschaftlichen Betriebs eher zweit- oder dritrangig. Sowohl Stadtflüchter als auch Hobby-Landwirte sind wichtige Träger für das regionale Entwicklungsleitbild „**Garten der Metropolen**“, das für Nordostdeutschland, gestützt auf die Städte Berlin, Hamburg, Rostock, Lübeck und Szczecin immer bedeutsamer wird (vgl. Klüter 2016).
- Die genannten Tendenzen haben zur Folge, dass die Nebenerwerbslandwirtschaft zwar eine höhere Betriebsfluktuation, aber in der Statistik stabilere Bestandszahlen als die Haupterwerbsbetriebe aufweisen.
- Sowohl das Hobby-Motiv, das Innovationsmotiv und bisweilen auch das Interesse, „echte Landwirtschaft“ zu praktizieren, führen dazu, dass Personen Nebenerwerbsbetriebe führen, die im Hauptberuf Agrarindustrie managen. Auch dies scheint ein Wachstumssegment zu sein. In Deutschland erreichen mittlerweile einige Nebenerwerbsbetriebe agrarindustrielle Dimensionen. Gab es 2010 in Deutschland erst 35 Nebenerwerbsbetriebe mit mehr als 500 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, waren es 2016 ungefähr 80. 2010 bewirtschaftete diese Gruppe 26.905 ha und 2016 bereits um 80.000 ha.

Es konnte gezeigt werden, dass

- die klein- und mittelständische Landwirtschaft, hauptsächlich getragen durch bäuerliche Familienbetriebe, der Bevölkerung in ländlichen Räumen eine breite Einkommens- und Vermögensverteilung bieten kann, der Gesamtbevölkerung Versorgungssicherheit gewährleistet und flexibel auf Nachfragewünsche – auch im gehobenen Segment – reagieren kann,
- die bäuerliche Landwirtschaft in Europa durch agrarindustrielle Holdings und Unternehmen erheblich gefährdet ist,
- die derzeitige Verwendung der EU-Agrarsubventionen diese Gefährdung vertieft,
- die Bodenfruchtbarkeit durch von agrarindustriellen Strukturen verursachte Erosion auf übergroßen Ackerflächen, durch übermäßigen Schadstoff- und Stickstoffeintrag, Zerstörung der natürlichen Bodenresilienz und drastische Verringerung der Biodiversität gemindert und vielerorts auf lange Sicht zerstört wird,
- die agrarindustrielle Massentierhaltung in massenhafte Tierquälerei ausartet, damit die Seuchengefahr erhöht, durch überzogenen Medikamenteneintrag die Gesundheit von Mensch und Tier gefährdet, die Haustierartenzahl radikal ausdünn und somit ihr biologisches Überleben gefährdet,
- die agrarindustriellen Strukturen die wachsende Nachfrage der Bevölkerung nach hochwertigen, gesunden, schadstofffreien Nahrungsmitteln nicht decken können,
- die Flächenproduktivität durch agrarindustrielle Überformung erheblich abgesenkt wird,
- die agrarindustriellen Strukturen die ländliche Bevölkerung reicher Regionen aus der Selbständigkeit in Abhängigkeit und Arbeitslosigkeit treiben, die tendenzielle Verarmung dieser Regionen bewirken und regionale Disparitäten verstärken.

In einigen Regionen Ostdeutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Finnlands, Polens, der Tschechischen Republik, Ungarns und der Slowakei hat die **Zunahme regionaler Disparitäten** bereits zu wachsender **Unterstützung rechtsextremer, demokratiefeindlicher Bewegungen geführt** (vgl. Rodríguez-Pose 2017, Essletzbichler, Disslbacher, Moser 2017).

Agrarindustrielle Strukturen und Konsortien agieren zunehmend auf übernationaler, d. h. auf europäischer und internationaler Ebene. Daher **muss der Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft nicht nur auf regionaler oder nationaler, sondern vor allem auf europäischer Ebene verbessert werden.**

Der oben aufgezeigte Missbrauch von EU-Geldern durch agrarindustrielle Strukturen kann nur verhindert werden, wenn die für die Landwirtschaft bestimmten Fördermittel ausschließlich an aktive Landwirte als natürliche Personen vergeben werden, die ihr Eigentum ortsansässig bearbeiten, und die keine agrarindustriellen Aktivitäten aufweisen. Voll förderfähig sind dann

- bäuerliche Familienbetriebe,
- Personengesellschaften aktiver ortsansässiger Landwirte, einschließlich Hofgemeinschaften
- Arbeitsgenossenschaften,

sofern sie nicht aufgrund der Kriterien in Abschnitt 5 zur Agrarindustrie gezählt werden.

Zu diesem Zweck **muss die EU ein europaweites Monitoring über agrarindustrielle Strukturen** aufbauen, in dem neben den Unternehmensanteils-, Landverfügungs- auch die Pachtstrukturen dargestellt werden. Die Antragsbögen für EU-Subventionen müssen daher um Angaben zu Konzernstrukturen und Besitzverhältnissen erweitert werden. Die EU-Kommission sollte dafür sorgen, dass möglichst schnell „Konzerne mit Tochtergesellschaften“ sowohl bei der EU-Agrarstrukturerhebung als auch in der EU-Datenbank zu den Empfängern von Agrarzahungen erfasst werden. Eine Erfassung der Agrarzahungen an Konzerne und Muttergesellschaften wäre das Mindestmaß an Transparenz, das auch an jeden landwirtschaftlichen Familienbetrieb angelegt wird. Die Nichterfassung der Konzerne und Muttergesellschaften

- begünstigt Mehrfachzahlungen,
- verschleiert die tatsächlichen Zahlungsströme gegenüber der Öffentlichkeit,
- macht eine Evaluierung der Zahlungseffektivität in diesem Bereich unmöglich
- und stellt eine Ungleichbehandlung gegenüber den landwirtschaftlichen Familienbetrieben dar, die beim derzeitigen Antragsmodus alle Wirtschaftsaktivitäten offenlegen müssen.

Ansätze für ein derartiges Monitoring gibt es bereits mit dem europäischen PRTR-Register (Pollutant Release and Transfer Register) zur Erfassung der Umweltverschmutzung durch bestimmte Unternehmen (vgl. <https://prtr.eea.europa.eu/#/home>).

Den nationalen und regionalen Landgesellschaften oder landwirtschaftsbezogenen Fördereinrichtungen muss die Unterstützung agrarindustrieller Strukturen und Konsortien verboten werden. Sollten diese Verbote gebrochen werden, muss die Kommission das Recht bekommen, die Fördermittel für die tragende Gebietseinheit der Landgesellschaft oder Fördereinrichtung zu mindern bzw. einzubehalten.

Die EU-Kommission sollte eine **Agrarstrukturverordnung erarbeiten**. Die Ziele einer solchen Verordnung sind

- die Sicherung der Vielfalt landwirtschaftlicher Unternehmen und der Wertschöpfung im ländlichen Raum,
- Schutz der landwirtschaftlichen Betriebe vor der Übernahme durch landwirtschaftsexterne Investoren,
- ein europaweit gültiges Vorkaufsrecht landwirtschaftlicher Flächen für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe unterhalb der agrarindustriellen Flächen- und Viehbestandsgrenzen,
- Schaffung eines europaweit agierenden oder Förderung der Schaffung nationaler Bodenfonds für jungbäuerliche Start-ups,

- die Beschränkung der Aktivitäten außerlandwirtschaftlicher Investoren und agrarindustrieller Holdings beim Landerwerb,
- Begrenzung der Bodenspekulation,
- Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für weitere nationalstaatliche Agrarstrukturgesetze und regionale Regulierungen des Bodenmarktes.

Europaweit muss definiert werden, wer als ortsansässiger Landwirt gilt, und welche Mindestausbildung dafür notwendig ist.

Alle landwirtschaftlichen Betriebe müssen von jeweils einem dauerhaft beschäftigten, professionellen, ortsansässigen Landwirt in persönlicher Verantwortung geführt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, kann der Betrieb nicht zur Landwirtschaft gezählt werden und auch keine der dafür vorgesehenen EU-Fördergelder beantragen. Bei der Zuordnung müssen die teilsektoralen Ausbildungsprofile berücksichtigt werden. Ein Florist darf beispielsweise keinen Viehzuchtbetrieb leiten. Ortsansässigkeit ist anzunehmen, wenn zwischen Erstwohnsitz des Landwirts und seinem Betrieb weniger als 1 Stunde Pendelentfernung (in der Ebene 30 bis 50 km) besteht. Größere Betriebe, die dennoch gefördert werden möchten, müssen von entsprechend mehreren Landwirten geleitet werden, vor allem dann, wenn sie über mehrere weit auseinanderliegende landwirtschaftliche Nutzflächen oder Betriebsteile verfügen.

Es widerspricht der EU-Wettbewerbsordnung, wenn ein Wirtschaftszweig vollständig in all seinen Unternehmen pauschal gefördert wird – wie es bisher in der Landwirtschaft geschieht. Es lässt sich dann nicht vermeiden, dass große Unternehmen und Holdings die Subventionen zur Marktbeherrschung einsetzen. Großbetriebe agrarindustrieller Dimension, Teilbetriebe ihrer Holdings und Betriebe landwirtschaftsexterner Konsortien und Konzerne müssen kategorisch von der EU-Förderung ausgeschlossen werden. **Angemessen wäre es dagegen, junge, innovative sowie kleine und mittlere Unternehmen zu fördern, wie dies in anderen Wirtschaftszweigen auch erfolgt.**

Um diese Ziele objektbezogen umzusetzen, sollte die **Einrichtung einer europäischen Landwirtschaftsbank** erwogen werden, wie es sie für andere Wirtschaftssektoren bereits gibt. Die Bank muss den Landerwerb von Berufsanfängern fördern und unterstützen. Außerdem sollte sie ein Vorkaufsrecht auf Agrarland bekommen, das weder von einem kleinen oder mittleren Agrarbetrieb, einer regionalen oder nationalen Landgesellschaft noch Förderorganisation erworben wird. Dieses Land sollte vorzugsweise an Jungbauern verpachtet werden. Mit Hilfe der Landwirtschaftsbank sollte außerdem der Übergang zum ökologischen Landbau und die Einrichtung von Einkommenskombinationen stärker und effektiver unterstützt werden.

Es muss geklärt werden, ob agrarindustrielle Akteurs- oder Tätervereinigungen wie beispielsweise der Deutsche Bauernverband behaupten dürfen, neben ihren ureigenen überwiegend agrarindustriellen Interessen gleichzeitig ihre Opfer, die kleinen und mittleren Betriebe zu vertreten (vgl. Heintz 2013). **Es muss festgelegt werden, dass die Staaten, die größeren agrarindustriellen Fraktionen ausgesetzt sind,**

bei der EU-Kommission und beim Parlament mit mindestens zwei gleichberechtigten Organisationen auftreten, von denen die eine eindeutig die Interessen der kleinen und mittleren Betriebe repräsentieren kann.

Die Agrarsubventionen der EU müssen so umgebaut werden, dass Zahlungen nur für solche Leistungen erbracht werden, die dem sozialen, ökologischen Allgemeinwohl sowie der Verbesserung des Schutzes der biologischen Umwelt, einschließlich des Tierwohls dienen. Das Landwirtschaftsfördersystem der Schweiz kommt diesem Ziel bereits ziemlich nah, auch wenn es in einigen Teilen noch nicht optimal ist.

Abb. 28

Direktzahlungssystem der Schweiz



Quelle:

<https://www.blw.admin.ch/blw/de/home/instrumente/direktzahlungen.html> (2018-01-01)

Die wichtigsten Elemente eines alternativen Direktzahlungssystems sind in dem der Schweiz enthalten (vgl. Abb. 28).

Wie in der Schweiz muss eine **europaweit geltende Höchstbestandesverordnung** (<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20130227/index.html>) erlassen werden. In der Direktzahlungsverordnung heißt es dann lapidar: „Bewirtschafter, deren Tierbestände die Grenzen der Höchstbestandesverordnung (SR 916.344) überschreiten, erhalten keine Direktzahlungen. Für die "bäuerliche" AG und die "bäuerliche" GmbH besteht eine Ausnahmebestimmung.“ (BLW 2017, S. 3)

Wie in der Schweiz sollte vor Gewährung der Direktzahlungen von jedem landwirtschaftlichen Betrieb ein ökologischer Leistungsnachweis (ÖLN) angefordert werden. Er betrifft die

- tiergerechte Haltung von Nutztieren,
- eine ausgeglichene Düngerbilanz,
- einen angemessenen Anteil Biodiversitätsförderflächen, auf denen weder Dünger noch Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden dürfen und Mulchen unzulässig ist,
- die vorschriftsgemäße Bewirtschaftung von Objekten in Inventaren von nationaler Bedeutung,
- die geregelte Fruchtfolge mit jährlich mindestens 4 verschiedenen Ackerkulturen,
- einen geeigneter Boden- und Erosionsschutz,
- eine bestimmte Auswahl und gezielte Anwendung von Pflanzenschutzmitteln mit unbehandelten Kontrollfenstern.

Die in Deutschland und einigen anderen Staaten üblichen Ausgleichszahlungen sollten – wie in der Schweiz – als Kulturlandschaftsbeiträge Bestandteil der Direktzahlungen sein. Die Kulturlandschaftsbeiträge bestehen aus Offenhaltungs-, Hang-, Steillagen-, Rebflächen- und Gemeinflächenbeiträgen (z.B. Almen).

Wie in der Schweiz sollten keine Basiszahlung für Kulturen ausgerichtet werden, die nicht zur Aufrechterhaltung der Produktion von Nahrungsmitteln dienen.

Die **Kappungsobergrenze**, die in Abschnitt 5 für Ostdeutschland ab 500 ha empfohlen wurde, liegt in der Schweiz bei 140 ha, wobei wachsende Größen von 60 bis 140 ha mit entsprechend wachsenden Anteilen gekürzt werden. In Südtirol wird eine Kappungsgrenze ab 100 ha als sinnvoll angesehen. Daraus folgt, dass in Regionen mit Intensivkulturen die einzurichtenden Kappungsgrenzen zum Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft nach unten verlagert werden müssen.

Ein wichtiger Bestandteil der Direktzahlungen sollten **Vernetzungsbeiträge** sein. In der Schweiz werden sie in der Gruppe „Biodiversitätsbeiträge“ geführt. Hecken, Feld- und Ufergehölze werden beispielsweise mit 2.000 CHF/ha honoriert (vgl. BLW 2017, S. 13).

Die in einigen EU-Ländern stark bedrohte bäuerliche Viehzucht muss in besonderer Weise unterstützt werden. In die Direktzahlungen sollten **Tierwohlbeiträge** eingehen. In der Schweiz wird das Tierwohl in der Gruppe „Produktionssystembeiträge“ geführt. Es ist u.a. nach „besonders tierfreundlicher Stallhaltung“ (BTS) und „regel-

mäßigem Auslauf im Freien“ (RAUS) klassifiziert. Bei BTS beträgt die Direktzahlung beispielsweise für nichtsäugende Zuchtsauen 155 CHF je Großvieheinheit (GV), bei RAUS 370 CHF/GV (vgl. BLW 2017, S. 23). Derartige Messzahlen gibt es in der Schweiz für jegliches Vieh, auch für Kaninchen, Hirsche und Bisons.

Ebenso sollte die betriebsinterne Futterbasis für das Vieh gefördert werden. In der Schweiz liegt die Fördersumme für extensiv genutzte Wiesen in der Talzone bei über 1.000 CHF/ha. Der höchste Fördersatz gilt mit 3.800 CHF/ha für Buntbrache, eine Ackerfläche, die 2 bis höchstens 8 Jahre brach liegt.

Für die Höhe der Direktzahlungen sollte es eine arbeitskraftbezogene Kappungsgrenze geben. In der Schweiz lag sie 2017 bei 70.000 CHF je Standardarbeitskraft, die in Deutschland etwa einer Arbeitskräfte-Einheit (AK-E) entspricht. Zum Vergleich: der mittlere Jahreslohn lag in der Schweiz 2017 bei etwa 60.000 CHF. Dort werden der Vernetzungsbeitrag, der Landschaftsqualitätsbeitrag, die Ressourceneffizienzbeiträge und der Übergangsbeitrag unabhängig von dieser Begrenzung ausgezahlt.

Dies sind nur einige Anregungen, die man aus dem Direktzahlungssystem der Schweiz übernehmen könnte. Einiges davon müsste für die Verwendung in der EU regional differenziert werden.

Für die nationale und regionale Ebene wird folgendes empfohlen:

Die **Statistik zur Erfassung agrarischer Aktivitäten** muss angesichts der fortschreitenden Betriebskonzentration **um mehrere Größenklassen erweitert werden**. Beispielsweise ist in Deutschland derzeit die Betriebsgrößenklasse mit LNF über 1000 ha die nach oben letzte. Sie muss - wie in den 90-er Jahren des 20. Jahrhunderts in Mecklenburg-Vorpommern üblich - weiter untergliedert werden (1000 – 2000 ha, 2000 – 3000 ha usw.). In einigen europäischen Ländern endet die Statistik bei „Betrieben mit mehr als 100 ha“. Hier müssten zusätzliche Untergliederungen nach 100 bis 200, 200 bis 500, 500 bis 1000 ha vorgeschaltet werden.

In ähnlicher Weise muss die Gliederung zur Erfassung der Tierbestände erweitert werden, vor allem bei Schweinen und Geflügel.

Um die Erosionsgefährdung zu senken, ist festzulegen, was eine förderfähige Ackerfläche sein soll. **Ackerflächen müssen durch Busch- und an besonders gefährdeten Stellen durch Waldschutzstreifen voneinander, von Verkehrswegen und Siedlungen getrennt werden. In Nordostdeutschland soll die Größe einer zusammenhängenden Ackerfläche 12 ha nicht überschreiten.** Größere Flächen können dann wieder gefördert werden, wenn sie durch Hecken oder Waldstreifen so geteilt sind, dass die daraus entstehenden Flächen kleiner als 12 ha sind. In gebirgigen, dürre- oder wassererosionsgefährdeten Regionen müssen erheblich kleinere Flächenrichtwerte zur Anwendung kommen.

Der Betrieb agrarindustrieller Anlagen muss einer zeitlich begrenzten Genehmigung von 2 - 3 Jahren unterliegen. Die Betriebsgenehmigung sollte von der oben erwähnten Monitoring-Behörde erteilt werden, die anhand ihrer Daten den gesamten technischen, ökologischen und ökonomischen Wirkungsbereich der jeweiligen Anlage bewerten kann. Kommunale oder Regionalbehörden sind erwiesener-

maßen zu schwach dafür. Die Genehmigungsbehörde muss daher auf staatlicher Ebene – in Deutschland wäre das Umweltbundesamt geeignet – oder auf EU-Ebene angesiedelt sein.

Im Rahmen einer solchen Genehmigung ist auch zu prüfen, ob ein Betrieb der Landwirtschaft oder der Agrarindustrie zuzurechnen ist.

In den meisten Staaten der EU besteht nach wie vor eine drastische Asymmetrie zugunsten der Männer beim Betriebsbesitz. Es wäre zu überlegen, ob dem mit speziellen **Bäuerinnenschulen wie beispielsweise in der Schweiz und in Südtirol** begegnet werden sollte.

Die Agrardieselerstattung muss für agrarindustrielle Betriebe, für den Nahrungs-, Futtermittel-, Viehtransport-, Gülle- und Gärresteverkehr ersatzlos gestrichen werden.

Stattdessen sollte transportentfernungsmindernde Regionallogistik stärker gefördert werden. In Deutschland gibt es die Regionalbewegung, einen Zusammenschluss von Verbänden, die die Produktionskooperation in der jeweiligen Region und die Vermarktung in der Region unterstützen (www.regionalbewegung.de). Eine unter anderen Fördermöglichkeiten könnte darin bestehen, den Aufbau zertifizierter Regionalverbände und ihrer Investitionstätigkeit über die oben empfohlene Landwirtschaftsbank mit günstigen Krediten zu unterstützen.

Die Wirtschaftsleistung der ökologisch arbeitenden Betriebe muss gesondert erfasst werden. Bisher sind die Statistiken der meisten Staaten so aufgebaut, dass bei der Erzeugung und Wertschöpfung nicht zwischen konventionellen und ökologischen Betrieben unterschieden wird.

Mit solchen Daten könnte der ökologische Landbau besser und stärker auf die Nachfrage orientiert gefördert werden. Sowohl die Nachfrage nach ökologisch wie auch regional erzeugten Nahrungsmitteln wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Vor allem in diesen Wachstumsbereichen muss die bäuerliche Landwirtschaft vor dem Zugriff der Agrarindustrie geschützt werden.

Die hier vorgeschlagenen Änderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik sind kein abstraktes Wunschenken, sondern landwirtschaftliche Realität in unserem Nachbarland. Es ist eine der Ursachen, weshalb die Flächenproduktivität der Schweiz die der Nachbarregionen in Österreich, Südtirol und Baden-Württemberg erheblich übersteigt (vgl. Abb. 3).

Literatur:

Autonome Provinz Bozen (ed.): Agrar- und Forstbericht 2016. Bozen 2017.

Becker, Evamarie: Besonderer Tourismus in Südtirol – Eine Fallstudie über die Entwicklung und Etablierung eines besonderen touristischen Angebots im alpinen Raum am Beispiel der Gemeinde Martell. Master-Arbeit Universität Oldenburg 2017.

BLW – Bundesamt für Landwirtschaft. Direktionsbereich Direktzahlungen und ländliche Entwicklung (ed.): Überblick: Direktzahlungen an Schweizer Ganzjahresbetriebe. Bern 2017. <https://www.blw.admin.ch/blw/de/home/instrumente/direktzahlungen.html> (2018-02-01)

- Buckwell, Alan et al. (2014): Sustainable intensification of European agriculture. Brüssel 2014
http://www.risefoundation.eu/images/files/2014/2014_%20SI_RISE_FULL_EN.pdf (2017-07-04)
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft (ed.)(BMEL 2016): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 2016. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag.
https://www.bmel-statistik.de/fileadmin/user_upload/010_Jahrbuch/Agrarstatistisches-Jahrbuch-2016.pdf (2018-02-18)
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft (ed.)(BMEL 2018): Zahl der begünstigten Antragsteller auf Direktzahlungen (DZ) für das Antragsjahr 2016, geschichtet nach dem Volumen der für das Antragsjahr 2016 gewährten Direktzahlungen.
https://www.bmel-statistik.de/fileadmin/user_upload/monatsberichte/DFT-0101013-2016.pdf (2018-01-12)
- Chemnitz, Christine et al. (2018): Fleischatlas. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel. Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin
https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/massentierhaltung/massentierhaltung_fleischatlas_2018.pdf (2018-01-19)
- Douwe van der Ploeg, Jan; Ventura, Flaminia; Milone, Pierlugi: Research von Agri Committee – Farm structural change in Western Europe and the CAP. Brüssel 2016
[http://www.europarl.europa.eu/ReqData/etudes/STUD/2016/573428/IPOL_STU\(2016\)573428_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/ReqData/etudes/STUD/2016/573428/IPOL_STU(2016)573428_EN.pdf) (2017-10-10)
- Essletzbichler, Jürgen; Disslbacher, Franziska; Moser, Matthias (2017): The victims of neoliberal globalisation and the rise of the populist vote: a comparative analysis of three recent electoral decisions. Cambridge Journal for Regions, Economy and Society 2018, Issue 1: 73-94.
<https://academic.oup.com/cjres/article-abstract/11/1/73/4821297> (2018-04-02)
- Eurostat (2016): Agriculture statistics – family farming in the EU.
http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Agriculture_statistics_-_family_farming_in_the_EU (2018-01-01)
- Eurostat (2017): Organic farming statistics.
http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Organic_farming_statistics (2018-01-15)
- Forstner, Bernhard; Arkenstette, Teresa (2014): Fakten zum Agrarstrukturwandel in der norddeutschen Landwirtschaft. Thünen-Institut für Betriebswirtschaft. Vortrag am 30.01.2014, Neumünster.
http://www.lbv-net.de/fileadmin/user_upload/ZJT-Referenten/2014/Fakten_zum_Strukturwandel_in_der_norddeutschen_Landwirtschaft.pdf (2015-12-27)
- Gorfer, Aldo: Die Erben der Einsamkeit. Reise zu den Bergbauernhöfen Südtirols (1. Auflage: 1973). 2. Auflage. Verona, Lana 2003.
- Heintz, Veikko (2013): Die Vernetzung der Agrarindustrie und Agrarpolitik in Deutschland. Netzwerk Betrachtung der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft und ihrer Interessenvertretung in Spitzenverbänden und in der Politik.
http://www.topagrar.com/dl/4/2/6/3/6/0/Studie_Bauern_und_Bonzen.pdf (2014-09-03)
- Heubuch, Maria (2018): Agrarökologie als Leitbild für Landwirtschafts- und Lebensmittelpolitik. In: AgrarBündnis e.V. (ed.): Der kritische Agrarbericht 2018, S. 39 – 44.
https://www.maria-heubuch.eu/fileadmin/heubuch/pdf2018/KAB_2018_39_44_Heubuch.pdf (2018-02-01)

- Jasper, Ulrich (2018): EU-Agrarpolitik. Ideen für das Geld aus Brüssel. In Chemnitz 2018, S. 38 – 39.
https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/massentierhaltung/massentierhaltung_fleischatlas_2018.pdf (2018-01-19)
- Jasper, Ulrich; Rehmer, Christian (2018): Die Zukunft der Direktzahlungen. In: AgrarBündnis e.V. (ed.): Der kritische Agrarbericht 2018, S. 34 – 38.
http://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2018/KAB_2018_34_38_Jasper_Rehmer.pdf (2018-01-30)
- Klüter, Helmut (2016): Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern im Bundesländervergleich. (= Greifswalder Geographische Arbeiten, Band 53) Greifswald.
https://geo.uni-greifswald.de/fileadmin/uni-greifswald/fakultaet/mnf/geowissenschaften/Institutsseiten/Seite_Schriftenreihen/Greifswalder_Geographische_Arbeiten/GGA_53.pdf (2017-04-03)
- Landesinstitut für Statistik ASTAT Südtirol (ed.): Statistisches Jahrbuch für Südtirol 2016. Bozen 2017.
- Matthews, Alan (2018): EU farm incomes in 2017.
<http://capreform.eu/eu-farm-incomes-in-2017/> (2018-01-31)
- Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2017): Veränderungen anschieben. Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 aus Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/_php/download.php?datei_id=1595326 (2017-12-11)
- Pe'er, Guy et al. (2017): Is the CAP Fit for purpose? An evidence-based, rapid Fitness-Check assessment - Preliminary Summary of key outcomes. Leipzig, Juni 2017.
- Ragusa, Martino (ed.): Val Martello Martelltal. Terre ospitali. Mailand 2017.
- Rodríguez-Pose, Andrés (2017): The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). Cambridge.
<https://voxeu.org/article/revenge-places-dont-matter> (2018-02-06)
- Statistisches Bundesamt (ed.): Agrarstrukturerhebung 2016, Bände Betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Standardoutput, Rechtsformen und Erwerbscharakter, Arbeitskräfte, Viehhaltung der Betriebe.
außerdem Datei:
Ausgewählte Merkmale im Zeitvergleich, Wiesbaden 2017.
- Tietz, Andreas (2017): Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen. Entwicklungen bis 2017. Thünen Report 52. Braunschweig.
https://www.thuenen.de/media/publikationen/thuenen-report/Thuenen-Report_52.pdf (2018-01-16)
- Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik beim BMEL (2015): Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung. Gutachten. Berlin.
http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenNutztierehaltung.pdf%3F__blob%3DpublicationFile